

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit der illustrierten Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gefaltete Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Genthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Beiträge zur Arbeiterstatistik.

Wie schon früher, so hat auch im vorigen Jahre der Vorstand der deutschen Tischlervereine statistische Erhebungen im Tischlergewerbe angestellt, deren Ergebnisse nunmehr im Druck erschienen sind. Wir haben hier ein Stück echter und unverfälschter Arbeiterstatistik vor uns, wie wir sie ganz besonders hochschätzen, weil sie ganz direkt aus dem Volke kommt und die Ziffern nicht erst von berufsmäßigen Statistilern geschieht „gruppiert“ sind. Die Angaben erstrecken sich auf 110 Städte und wir sehen da konstatirt, daß die Arbeitszeit im Tischlergewerbe, mit einer Ausnahme, nirgends weniger als 60 Stunden pro Woche — also 10 Stunden pro Tag — beträgt; von der Ueberzeitarbeit abgesehen. Dagegen erreicht die Durchschnittsarbeitszeit an manchen Orten eine Höhe von 78 Stunden pro Woche, also 13 Stunden pro Tag; überhaupt schwankt die Durchschnittsarbeitszeit meistens zwischen 65 und 78 Stunden pro Woche. Man sieht also, daß jene Leute, welche behaupten, im Tischlergewerbe habe sich ein zehnstündiger Normalarbeitstag „ganz von selbst“ herausgebildet, sich entweder im Irrthum befinden oder wider besseres Wissen drauf los behaupten. Man kann aber wohl darauf hinweisen, daß gerade bei solch anstrengender Arbeit, wie die Tischlerarbeit es ist, ein Normalarbeitstag von 8—9 Stunden immer mehr ein bringendes Erforderniß wird.

Was die Lohnverhältnisse betrifft, so giebt es Orte, wo der Durchschnittsverdienst sich kaum über 600 M. jährlich erhebt. Das ist ein höchst trauriger Zustand, denn wie soll ein Arbeiter mit einem Wochenverdienst von 12—13 M. eine Familie ernähren? Wir finden unter den 110 Orten einen einzigen, wo die durchschnittliche Jahreseinnahme 1000 Mark übersteigt; es ist die Stadt Dortmund und die Durchschnittseinnahme pro Jahr erreicht 1072 M. Erfreulich ist dabei zu sehen, daß in Charlottenburg, wo die kürzeste Arbeitszeit eingeführt ist, die durchschnittliche Jahreseinnahme sich auf 956 Mark, also auf einen der höchsten Sätze beläuft. Dagegen finden wir, daß in Pirna bei täglich elfstündiger Arbeitszeit der Jahresverdienst sich nur auf 594 M., also am niedrigsten von allen Plätzen stellt.

Eine eigenthümliche Erscheinung zeigt der Vergleich zwischen den Erträgnissen der Arbeit nach Zeitlohn und Stücklohn. Die oft gehörte spießbürgerliche Behauptung, daß die Arbeiter beim Stücklohn mehr verdienen, wird dadurch entschieden widerlegt. Wenn man nicht das Arbeitsverdienst pro Stunde oder Tag, sondern pro Jahreseinkommen betrachtet, so findet man, daß das Verhältnis häufig

*) In Charlottenburg beträgt sie 57 Stunden pro Woche.

wechselt und das der Zeitlohn in den meisten Fällen, als Jahresverdienst betrachtet, höher ist als der Stücklohn. Diese Erscheinung ist indessen auch sehr erklärlich. Die Stückarbeit wird naturgemäß vom Arbeiter hastiger betrieben als die Zeitarbeit; er strengt sich mehr an, in der Hoffnung, mehr zu verdienen. Um so größer ist aber der Verbrauch an Kräften und was durch größere Anstrengung gewonnen wird, geht durch die hinterher eintretende Erschöpfung, während welcher der Arbeiter wieder weniger leisten kann, verloren.

Wir erfahren, daß in den erwähnten 110 Städten auch 623 Arbeiterinnen im Tischlergewerbe beschäftigt sind. Ihre Arbeitszeit bewegt sich zwischen 56 und 72 Stunden wöchentlich; ihr höchster Jahresverdienst erreicht 580, der niedrigste 264 Mark. Sie sind hauptsächlich mit Poliren und Anstreichen beschäftigt.

Der Herausgeber der Statistik hat es sich auch angelegen sein lassen, ein Haushaltungsbudget einer Familie aufzustellen, und zwar von vier bis fünf Köpfen. Dasselbe beläuft sich nach den niedrigsten Anschlägen auf 1328 Mark im Jahr. Und wir haben gesehen, daß in den 110 Orten nur an einem einzigen das Jahreseinkommen im Durchschnitt 1000 Mark übersteigt. Die Ausgaben eines ledigen Tischlergehilfen in München sind berechnet auf 905 Mark und dabei sind alle Ausgaben für Vergnügungen ausgeschlossen. Und der jährliche Durchschnittsverdienst in München beläuft sich auf 831 Mark. In diesen Differenzen steckt das Elend unseres Arbeiterstandes, denn womit sollen sie das Defizit decken? Vielleicht durch Sparsamkeit?

Der Herausgeber der Statistik hat sich auch den Stand der Lebensmittel- und Miethepreise an den verschiedenen Orten mittheilen lassen. Wenn man sich, darauf gestützt, die Jahresausgaben der Arbeiterfamilien, auch nach den allergeringsten Anforderungen, herausrechnet, so kann man sehen, daß an keinem einzigen Ort der Jahresverdienst eines Tischlers hinreicht, seiner Familie einen ausreichenden Unterhalt zu gewähren. Damit ist genugsam erklärt, warum die Frauen- und Kinderarbeit immer mehr überhand nimmt und warum sie so billig ist und immer billiger wird.

Wir könnten noch Manches aus dieser interessanten Statistik anführen, doch damit sei es genug. Sie mag den Herren, welche glauben, mit der Versicherung für Krankheit, Unfälle und Alter sei schon eine „Sozialreform“ geschaffen, beweisen, wo die Arbeiter der Schuh drückt. Sie zeigt, daß zunächst die Regelung der Arbeitszeit in Angriff genommen werden muß, wenn man eine vortheilhaftere Situation für die Arbeiter schaffen will. Man wird auch über kurz oder lang sich wohl daran machen müssen.

endlich in ein „Ach“ auf, das aus den Tiefen ihrer Brust quoll; ein Schluchzen stellte sich ein, das ruckweise ansetzte und ihren ganzen Körper durchschüttelte, und nun gingen ihr auch die Augen über; sie konnte wieder weinen und die Thränen stießen unaufhaltsam. Das war eine Erleichterung; jetzt bemerkte sie auch, daß ihr die eine Schulter wie gelähmt war und daß sie einen stehenden Schmerz an dieser Stelle fühlte, wenn sie sich bewegte. Auch ihre Kopfhaut brannte, und als sie mit der Hand nach der schmerzenden Stelle hinsah, nahm sie ganze Büschel ihres zarten und weichen Haares weg, die ihr vom Vater ausgerissen waren.

Dieses Haar hatte Ernst geküßt, und nun dachte sie an ihn und an ihr Zusammensein. Welche Veränderung war vor sich gegangen; wie war es gekommen, daß sie, die Glücklichste, in solchem Leide, mit zerschlagenen Gliedern dastand? Oder ängstigte sie nur ein böser Traum? Sie tastete herum, wie um sich zu überzeugen, ob sie nicht im Bette läge; aber es war eine harte, hölzerne Stufe, auf der sie in der Finsterniß saß, und sie fühlte den feinen, knirschenden Sand, den sie selber hingestreut, als sie die Treppe geschauert hatte.

Es kam ihr empfindlich kalt vor und ein Fieberfrost durchschauerte sie. In den Schläfen pochte das Blut, ihre Stirn und ihre Wangen brannten, und sie presste ihre kalten Finger an, als wollte sie an ihnen sich die Hände wärmen. Aber besonders fror sie an den Füßen, die nur mit Strümpfen bedeckt waren, denn sie hatte die Schuhe sich vorher ausgezogen, um ohne Geräusch in die Wohnung der Eltern zu schleichen.

Nun war sie doch entdeckt worden, und wie sollte das enden? Sie erinnerte sich jetzt, daß sie mit ihrem Vater sich herumgeschlagen habe, aber sie hatte bei diesem Gedanken nicht eine Spur von Reue und Bedauern. Nur Haß und Gelb empfannd sie und den brennenden Wunsch, aus seiner Nähe gerückt zu werden. Jede Gemeinschaft zwischen ihm und ihr sollte aufhören, sie mußte fort, sie konnte nicht eine Luft mehr mit dem Menschen athmen, der sie verfolgte, so lange sie dachte, der sie bis auf diese Stunde mit ausgesuchter Grausamkeit gequält und gepeinigt hatte und den

Politische Uebersicht.

Die Mittelparteiler müssen es mit der Bewilligung neuer Steuern furchtbar eilig haben. Die die „Post“ erfährt, besteht in konservativen und nationalliberalen Kreisen der Gedanke der Vereinbarung eines steuerpolitischen Programms, auf dessen Basis die Mittel zur Ausführung des neuen Militärgesetzes zu beschaffen seien.

Von der ultramontanen Umfällspartei. In Betreff der Militärvorlage soll der Abgeordnete Windthorst, wie man der „Bresl. Ztg.“ mittheilt, im Privatgespräch angedeutet haben, wenn seine Freunde für Erhöhung der Militärlasten stimmen wollen, werde er sie gewiß nicht hindern. Hauptsache sei ihm die Erhaltung der Centrumsfaktion. Das sieht der Meppener Perle ähnlich.

Bischof Kopp und die Centrumspartei. Die „Niederrheinische Volkszeitung“ faßt die Aeußerungen des Bischof Kopp, welche derselbe bei den Firmungsreisen in der Grafschaft Mark über die Centrumspartei gethan, dahin zusammen: die Haltung des Centrum trage dem Friedensbedürfnisse nicht Rechnung; die Regierung wolle aufrichtig den Frieden; dagegen gebe das Centrum und die Centrumspresse durch Mißtrauen der Verstimmung immer wieder neue Nahrung. Zu alledem komme die wenig entgegenkommende Haltung des Centrum in politischen Fragen, welche der Regierung sehr am Herzen lägen; es sei eben der Schein vorhanden, als mache Windthorst mit den Freisinnigen, wie es ihm gut dünke, gemeinschaftliche Sache. Windthorst habe ihn schlecht behandelt. Vor der Hand scheint freilich Bischof Kopp wenig Einfluß auf die Centrumskreise zu haben.

Aus Leipzig schreibt man uns: Daß das Sozialistengesetz und der mit diesem verbundene „Aktion“ einen Zustand geschaffen haben, der für die Dauer unhaltbar ist, leuchtet wohl auch dem Blindesten ein. Obgleich erwähntes Gesetz nur gegen die „gemeingefährlichen“ Veröffentlichungen der Sozialdemokratie gerichtet sein soll, die Wahlen dieser Partei an sich aber nicht verboten sein sollen, hat es thatsächlich die Wahlen der Arbeiter lahm gelegt. Wir kommen zu diesem Schlusse, wenn wir sehen, daß wenige Tage vor den Stadtverordneten-Neuwahlen nur bekannt ist, daß das „Allgemeine Wahlkomitee“ seine Vorbereitungen traf, um den Bürgern am Wahltag eine Kandidatenliste der loyalsten von den lokalen Bürgern der Stadt zur Wahl zu unterbreiten. Der Städtische Verein, der Stadtverein und wie sie alle heißen, sind sang- und klanglos dahin gegangen, von wo keine Wiederkehr ist. Wer wird denn auf dem Plane erscheinen, um einen großen Theile der denkenden Bürgerschaft Leipzigs Männer zur Wahl vorzuschlagen, die den Geist der neueren Zeit im Stadtverordneten-Kollegium zu vertreten gedenken? Männer allerdings, die um ihrer Ueberzeugung willen auch zu leiden den Muth und das Zeug haben. Daß dies nur die Arbeiterpartei sein kann, weiß jeder. Es ist keinesfalls nothwendig, daß man bei der zur Wahl der Stadtverordneten nothwendigen Listenwahl an eine Vereinigung mit anderen Korporationen denken mußte, denn § 54 Abs. 4 der revidirten Städteordnung hat vorgesehen, daß Stimmsettel deshalb nicht ungültig sein können,

die in der Rohheit und Gemeinheit seines Wesens ganz durchschaute. Er war ein Trunkenbold, ein Faulenzer und ein Schmarotzer, aber nicht mehr ihr Vater. Und wie um sich vor sich selber zu rechtfertigen, rief sie sich die unzähligen Züchtigungen ins Gedächtniß zurück, die sie grundlos und unverdient von ihm empfangen hatte. Die Rechnung stimmte und konnte abgeschlossen werden, sie mußte fort. Allein, sollte sie auch ihre Mutter verlassen, die noch Schlimmeres als sie zu ertragen hatte. Aber weshalb ertrug sie es? — Warum verließ sie nicht den Mann, der sie nicht liebte und wie eine Last behandelte, die nur Geseh, Herkommen und Gemohnheit abzuschütteln hinderten? Die Mutter war schwach, hatte sich in ihr Schicksal ergeben und leistete keinen Widerstand, sie ließ alles über sich ergehen und ertrug ohne Murren ihr Loos. Nun, so wollte sie nicht handeln und dulden! Sie wollte die Fesseln brechen, die sie umketeten, sie wollte frei sein und stark! . . . Ach, sie war doch so schwach und arm! . . .

Und ihre Thränen flossen wieder, sie empfand ein tiefes Mitleid mit sich und ihrem Geschick und sie beweinte ihre Hilflosigkeit.

Mit der Zeit beruhigte sie sich wieder und ihre Thränen versieheten. Sie schalt sich kleinmüthig und war mit ihrer Schwäche unzufrieden. Wie konnte sie klagen und verzagen, und meinen, sie wäre arm und verlassen, wenn Ernst sie liebte! Erst vor wenigen Stunden hatte er ihr geschworen, sie ewig zu lieben, und diese feste Versicherung der Treue sollte ihr in ihrer Noth keine Stütze sein? In den heitersten Farben hatte er ihr zukünftiges Glück geschildert, so wie er es erträumte; in einem Pfarrhäuschen auf dem Lande, in breiter, gesegneter Gegend würden sie wohnen, das mit der kleinen, frommen Kirche auf einem sanftansteigenden Hügel liege; von seinen rebenumsponnenen Fenstern könne man die rothen Dachziegel stattlicher Bauernhöfe und die braunen, bemosten Strohdächer der Dütten sehen; heller, lustiger Sonnenschein liege über den Fluren; durch das rauschende, mannhobe gelbe Korn Schritten er und sie und die einfachen Landleute neigten sich vor ihrem Pfarrer und küßten ihr die

Feuilleton.

[Kategorie verboten.]

[5]

Ein Sprung.

Novelle von Curt Baake.

Anna antwortete nicht. Sie hörte nicht, was der Mann, mit dem sie rang, ihr sagte; in diesem Verzweiflungskampfe waren alle ihre Sinne von einem wilden, sie zerschneidenden Wahnsinn angefaßt. Die Autorität des Vaters, ja, der Gedanke, daß jener Grausame ihr Vater sei, waren völlig für sie verschwunden. Nur der Wunsch nach Rache war, vereint mit einem instinktiven Selbsterhaltungstrieb, in ihr übrig geblieben.

Und schließlich anterlag sie. Niemand packte sie an ihren lockigen, schwarzen Haaren, die sich gelöst hatten und in wilder Verwirrung um ihre Schultern hingen. So zerrte er sie zu Boden und kniete auf ihr. Fortwährend murmelte er: „Kröte . . . Kröte.“ und während er sie durch die Stube schleifte, stieß er sie mit den Füßen in die Seite. Sie stöhnte dumpf bei dieser barbarischen Mißhandlung. Jetzt öffnete er mit der einen Hand die Thür, die zum Flur hinaus führte, zog das Mädchen halb empor und stieß es dann mit einem Fluche rückwärts in die Dunkelheit hinein.

Anna wäre die steile Treppe hinuntergestürzt, wenn sie nicht mechanisch nach dem Geländer gegriffen hätte, an dem sie sich festhielt, während hinter ihr die Thür donnernd ins Schloß fiel. Ebenso mechanisch setzte sie sich auf die erste Treppenstufe nieder und stützte den Kopf mit der Hand, indem es wie in einem Mädenschwarm wirbelte. Augenblicklich hatte sie kein Gefühl für ihren körperlichen Schmerz, und ihre Augen, vor denen noch immer ein blutrothes Feuer lag, blickten starr und brennend in die Dunkelheit.

So vergingen einige Minuten, bis sie allmählich ihre Besinnung wiederfand; es war ihr, als stiege ein Knoten langsam in ihrem Halse auf, der ihr den Athem nahm, und als würde ihre Kehle wie mit eisernen Klammern zusammengeknüpft; diese furchtbare Nervenpannung löste sich

wenn sie weniger Namen von Personen enthalten, als zu wählen sind. Wir glauben, daß bei der Kürze der Zeit, die zwischen der Wahl und heute liegt, nicht mehr in eine Agitation eingetreten werden kann. Es bleibt den Wählern, die fortgeschrittenen Ideen sich zuzuwenden, und die in der gegenwärtigen Stadterweiterung und bei den vorgeschlagenen Kandidaten nicht das, was sie sich wünschen, finden, nichts weiter übrig, als mit unbeschriebenen oder durchstrichenenzetteln zu wählen. Warten wir noch ruhig ab, die Zeit wird und muß kommen, wo auch Vertreter der Ideen der neuen Zeit in den Körperschaften der Stadt Leipzig ihren Einzug halten werden.

Sozialistisches. Die am Sonntag in Dresden abgehaltene Volksversammlung, in welcher der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Gener. aus Großenhain über „Die Arbeiterbewegung und der Deutsche Reichstag“ sprach, wurde von dem überwachenden Polizeikommissar Hohlfeldt aufgelöst. — Alexander Rapp, ein Frankfurter Sozialist, wurde in Kaiserslautern, wo er seit einiger Zeit wohnt, verhaftet und nach Frankfurt gebracht. Auch der Lappitzer Grüneberg, welcher zu Anfang dieses Jahres in Frankfurt weilte, ist in Neumünster verhaftet worden. — Reisse i. S. L., 28. November. Am Mittwoch fanden bei den hier garnisonierenden Mannschaften des 2. Oberschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 23 Durchsuchungen nach sozialdemokratischen Schriften statt. Bei einem Musikfiedler der 2. Kompanie ist, wie verlautet, ein Buch beschlagnahmt worden. — Elberfeld, 29. November. Am Sonntag arrangierte der gegenwärtige Besitzer der „Wilhelmshöhe“, Herr Hoff, ein Konzert, aber Herr Hoff denkt und die Polizei lenkt! Der Saal der „Wilhelmshöhe“ war schon dicht besetzt, als etwa um 6 Uhr die Polizeikommissare Kampf und Michendorf nebst der nötigen behelmten Beihilfe anrückten und Kaffe sowie Karten konfiszierten. Im Saal herrschte große Aufregung, immer mehr Polizeibeamte drängen sich herein, Alles ist gespannt, was da kommen soll, „doch das kaum noch erwartete, es soll nun geschehen“. Herr Polizeikommissar Kampf begibt sich in die Mitte des Saales und erklärt die Versammlung resp. Festlichkeit auf Grund des Sozialistengesetzes für aufgelöst. „Dieses Schweigen“ beherrscht die Festlichkeitsnehmer, allgemeines Erstaunen über eine derartige Maßregel, aber nur kurze Zeit, dann macht sich die Erbitterung Luft.

Ein hübsches Stück Progenthum wurde in der Münchener Magistratsitzung vom Freitag bekannt gegeben. Ein Gärtner an der Nordendstraße will seinen Garten mit dem düstigen Inhalt der Abortaruben begießen, was ihm verboten wurde. Nun schreibt der Mensch an den Magistrat ganz kalt: In den paar Hütten (!) neben dem Garten lagern „nur arme Leute“, in deren Wohnungen es so übel riecht wie in einem begossenen Garten. Auch haben diese Leute Almosen und sammeln milde Gaben. Deshalb soll man den steuerzahlenden (!) und produktiven (!) Bürger nicht am „Allernothwendigsten“ (!) hindern!! — Das war selbst den Bourgeois im Rathhaus zu stark, sie wiesen das so impertinent motivierte Ansuchen ab.

Ueber das Religionsbekenntnis der Einwohner Preußens bringt die „Stat. Kor.“ folgende auf der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1885 beruhende Angaben: Unter der ortsanwesenden Bevölkerung befanden sich 18 243 587 Evangelische, 9 621 624 Katholiken, 83 020 sonstige Christen, 366 543 Juden und 155 Befenner anderer Religionen; bei 3529 Personen war das Religionsbekenntnis nicht zu ermitteln. Die Evangelischen machten von der Gesamtbevölkerung 64,42 pCt., die Katholiken 33,97 pCt., die sonstigen Christen 0,30 pCt., die Juden 1,30 pCt. aus.

Die nachstehende Zuschrift geht der demokratisch-freimüthigen Berliner „Volkszeitung“ mit der Bitte um Abdruck zu: Durch fast sämtliche Berichte über den „Altonaer Sozialistenprozess“ lief die Mitteilung, daß ich mit den Verurtheilten in Verbindung gestanden, d. h. von denselben zu agitatorischen Zwecken Geld erhalten hätte. Es könnte scheinen, daß mein Schweigen in dieser Sache ein Zugeständnis meinerseits sei. Somit erkläre ich, daß mir beim Lesen der Namen der Verurtheilten die Ueberzeugung kam, keinen derselben je gesehen, noch mit ihm gesprochen zu haben. Ferner erkläre ich, daß ich von keinem der Verurtheilten jemals Geld erhalten und daß ich von Altona überhaupt seit dem Jahre 1877 keinerlei Gelder in Empfang genommen habe. Vor 1877 war ich Vertreter von Altona im Reichstage und habe damals ab und zu die Vermittlung von Geldern an die Partei von dort übernommen. Halle a. S., 28. November 1886. Wilh. Hafenclever.

Oesterreich-Ungarn.

Die Kandidatur des Fürsten von Mingrelien ist in der ungarischen Delegation zur Sprache gekommen. Graf Bichy fragte nämlich, welchen Standpunkt der Minister des Auswärtigen demgegenüber einnehmen werde. Sektionschef Szogegny antwortete, daß der Minister von diesen oder ähnlichen Vorgängen keine Kenntnis habe. Nach Bichy nahm Graf Apponyi das Wort. Ueber seine beachtenswerthe Rede meldet ein Privattelegramm der „Böf. Itz.“ aus Wien: Apponyi hält die Situation im Orient für gefährdend, und kann daher den Bericht mit dem Vertrauensvotum nicht bedingungslos annehmen. Im Berichte müßte zum wenig-

sand, dem Engel der Armen. Ja, er verstand zu schildern, ihr Ernst, man mußte ihm glauben, was er sagte. Und da sollte sie kleinmüthig werden?

Wohl sagte sie sich jetzt, daß diese erträumte Zukunft noch in weiter Ferne läge, aber der Gedanke an sie war ihr doch ein Trost und eine Hoffnung. Sie ging noch weiter: sie gestand sich sogar, daß ihre eigenen Wünsche bisher nicht auf ein so beschauliches und ruhiges Leben an einem abgeschiedenen Orte gerichtet waren. Sie wollte die Welt sehen, wollte ihr Jugend genießen, wollte von Fest zu Fest eilen, in Juwelen prangen und in Seide glänzen, sie wollte . . . ja, wollte sie es wirklich, war es nicht genug, daß Ernst sie liebte, konnte es ein Glück für sie außer ihm geben? Und wenn sie auf alles verzichten sollte und wenn von seinen und von ihren Träumen sich nicht ein einziger verwirklichter würde und wenn sie arm und gering und dürftig ihr Leben verbringen müßten, sie würden dennoch mit einander glücklich werden, wenn sie sich nur liebten.

Die äußeren Umstände erschienen ihr unbedeutend und verschwanden gegen die Gewalt dieser Liebe. Sie folgte diesem Gedankengange und sie sah nichts, was sie hindern konnte, sofort und für immer mit Ernst zusammen zu sein. Er würde durch sie in seinem Studium nicht gestört werden, und sollte es doch geschehen, nun, so stand ihm ein anderer Beruf offen; sie vertraute auf seine und auf ihre Kraft und sie erwog die Möglichkeit, selbstständig für große Geschäfte zu arbeiten. Gegen wöchentliche Abzahlungen würde sie sich eine Nähmaschine anschaffen, später würde sie selber junge Mädchen beschäftigen und sich darauf beschränken, die Stoffe zuzuschneiden und die Kleider abzuliefern.

Diese praktischen Berechnungen beschäftigten sie unausgesetzt. Sie vertiefte sich in sie und erwog sie nach allen Seiten, während die Voraussetzung zu ihnen, der Gedanke, daß sie morgen die Wohnung der Eltern verlassen und für immer zu Ernst gehen wollte, ihr so selbstverständlich vorlag, daß sie ihn nicht weiter prüfte.

Dem fiebernden, frierenden Mädchen, das, von Zeit zu Zeit zusammenschauernd, in der Dunkelheit auf der Treppstufe saß, stand es unerträglich fest, daß Ernst sie liebte

sten angeführt sein, daß Oesterreich unter den Mächten in Orientfragen die Führerrolle innehaben muß. Daß Kaulbars ohne Erfolg abreisen mußte, sei allein der Klugheit und Tapferkeit der Bulgaren zuzuschreiben. Unserm Bündniß mit Deutschland hätte es schon früher gelingen müssen, die Verhältnisse in Bulgarien zu regeln und die Kandidatur des Ringeliers zu verhindern, welche schließlich der Bulgaren aufgedrängt werden wird.

Belgien.

Die Agitationen nehmen in Belgien kein Ende. Die Alerikalen entfachen im ganzen Lande eine gewaltige Agitation gegen die Beseitigung der Stellvertretung. Von Antwerpen aus, wo sämtliche Alerikalen Kreise gegen jede Militärreform sind, wird besonders geschickt. Ebenso agitieren die Arbeiter; der sozialistische „Booruit“ hat 10 000 Manufeste vertheilt. Die Arbeitslosigkeit in Gent dauert fort, so daß täglich drei Bataillone Bürgergarde unter Waffen sind. Alle Widerstandskräfte unterhalten die Streikenden, die bis zum Siege ausharren wollen; ebenso wird der Streik der Kohlenarbeiter in Amerscoeur durch öffentliche Subskriptionen aufrecht erhalten.

Frankreich.

Die mit der Vorberathung über die drei Gesegentwürfe, betreffend die Ausschließung fremder Produkte von den Lieferungen und den öffentlichen Bauten des Staates, der Departements und Gemeinden, betraute Kommission hat den Bericht des Abg. Marty entgegengenommen. Dieser Bericht gelangt zu folgenden Schlussfolgerungen: 1) Der Nichtannahme der drei der Kommission unterbreiteten Anträge; 2) der Annahme einer gesetzlichen Maßregel, welche die Minister verpflichtet, alljährlich den Stand der im Auslande gekauften Lebensmittel, Produkte, Waaren, Objekte aller Art zur Deckung des Bedarfs der unter ihren Befehlen stehenden Dienstzweige mit einer summarischen Angabe der Gründe, welche diese Anläufe bestimmen haben, zu veröffentlichen. — Der erste Theil, die Verwerfung der drei vorliegenden Anträge, wurde mit Stimmenmehrheit, der zweite mit Stimmeneinigkeit genehmigt.

Der Pariser Wahrspruch lautet: „Wenn gebaut wird, gehen alle Geschäfte.“ Nach diesem Maßstab gemessen, befindet sich Paris im vollsten Rückgange. Im Jahre 1879 wurden 150 Millionen verbaut, 1880: 175, 1881: 225, 1882: 220 und 1883 sogar 325 Millionen. Von 1884 ab werden dagegen jährlich nur noch 40—48 Millionen für Bauten verwendet, in den letzten vier Jahren zusammen nicht so viel als in einem einzigen der früheren Jahre. Der Gemeinderath geht nun mit dem Plane um, durch Vereinbarung mit einer Anzahl Unternehmer und Kapitalisten jährlich für 60 Millionen Neubauten auszuführen. Dieselben sollen ausschließlich kleine billige Wohnungen enthalten, an denen trotz zahlreicher leerstehender Häuser immer noch ein sehr empfindlicher Mangel herrscht. Die Inhaber billiger Wohnungen klagen außerordentlich über unerschwingliche Mieten.

Großbritannien.

Die Regierung scheint entschlossen zu sein, der National-Liga in Irland, die in verschiedenen Theilen des Landes einen ersten Pachtkrieg herbeigeführt hat, energisch entgegenzutreten. In einer im Oktober in Woodford abgehaltenen Massenversammlung hatte John Dillon, der Abgeordnete für Dist. Mayo, den Pächtern angerathen, den reduzierten Pachtzins, wenn die Gutsherren ihn nicht annehmen wollen, an die zur Unterstützung der Ermittlenden eingesetzten Komitees zu zahlen. Bald darauf veröffentlichte Bannell's Organ, „United Ireland“, einen förmlich auf den obigen Vorschlag basirten Feldzugsplan, wonach die Pächter auf einem jeden Güterkomplex über die von ihnen verlangte Pachtminderung sich verständigen und diesen so vereinbarten Betrag am Pachttag dem Agenten in corpore anbieten sollen; verweigert dieser die Annahme, so soll ein jeder Pächter den von ihm nach obiger Vereinbarung zu zahlenden Betrag an das für diesen Zweck gebildete Komitee einzahlen, das aus den so empfangenen Geldern einen gemeinsamen Fonds bildet, aus dem die betreffenden Pächter schadlos gehalten werden. Dieser Plan ist nunmehr auf verschiedenen großen Güterkomplexen zur Durchführung gelangt, ferner in den Kreisen Kork, Limerick, Galway u. s. w., und in vielen Fällen ist es zu ernstlichen agrarischen Unruhen gekommen. Die Regierung hat nunmehr den Entschluß gefaßt, den Haupturheber dieses neuen Landkrieges, John Dillon, in Anklagezustand zu versetzen. Es ist ihm bereits eine Vorladung zugestellt worden, Dienstag (also gestern) vor den Schranken der Lucens Bench-Abtheilung des obersten Gerichtshofes in Dublin zu erscheinen, um sich wegen der von ihm jüngst gehaltenen aufrührerischen Reden zu verantworten. Es handelt sich dabei besonders um eine am 7. November in Longford gehaltene Rede, welcher Ausschreitungen gegen Gerichtsvollzieher und Widerstand gegen die Behändigung von Exemptionsbefehlen seitens verschiedener Pächter folgten. „United Ireland“ soll wegen des in seinen Spalten erschienenen agrarischen Feldzugsplanes und anderer zum Widerstand gegen die Behörden auf-

und mit offenen Armen aufnehmen würde und daß dies der einzige Weg für sie sei, um glücklich zu werden.

Diese Idee hielt sie aufrecht und beruhigte sie. Um vier Uhr früh ließ die Mutter ihre Tochter in die Wohnung hinein.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Schnell verheirathet. Als der Engländer Cooper die Stadt Ainkhalang an der chinesisch-tibetanischen Grenze besuchte, so lesen wir im „Dabeim“, und eben von seinem Maulthiere absteigen wollte, kam ihm eine Anzahl junger, festlich gekleideter und mit Blumen geschmückter Mädchen entgegen. Sie waren ihm beim Absteigen behilflich und luden ihn ein, auf dem grünen Rasen an einem Büchlein theilzunehmen. Kalte Hammelfleisch, Mehlkuchen, Thee, Süßigkeiten und Rüsse wurden gereicht und dazu Samschu (Reisbranntwein) getrunken. Alle waren ungemein munter, und das Lachen und Jauchzen wollte kein Ende nehmen. Die große Aufmerksamkeit, welche die Mädchen dem Reisenden erzeigten, und der Umstand, daß sie seinen Namen kannten, bewiesen, daß sie von seiner Ankunft vorher unterrichtet waren. Die kleinen anmuthigen Geschöpfe brachten, nachdem das Essen vorüber, Pfeife, Tabak und Feuer herbei und begannen lustig zu plaudern. Cooper fühlte nun ein wenig Ruhebedürfnis und streckte sich auf dem Rasen aus, um zu schlafen. Inzwischen dazu hatte er keine Zeit, denn die Mädchen kamen nun in geschlossener Gruppe auf ihn zu und schoben ihm eine sechzehnjährige, niedliche, in Seide gekleidete und mit Blumengewinden geschmückte Genossin nahe „auf den Hals“, bestreuten dann das Paar mit Blumen und begannen um dasselbe herum zu tanzen. Das war dem Reisenden doch zu torpid und er begann sein Maulthier zu fassen. Da trat ein chinesischer Diener an ihn heran und theilte ihm mit, daß diese soeben durchgemachte Ceremonie eine gesegnete Heirath bedeutete. Lachen half nichts. Cooper war das Opfer der herrschenden Sitte geworden, und als er erklärte, sich derselben nicht fügen zu wollen, entstand ein allgemeines Heulen. Die ganze Stadt geriet in Aufruhr, und alle erklärten, er sei ein schlechter Mensch, welcher Unehre über eine christliche Familie bringen wolle. Was war zu thun? Der Reisende nahm die aufgewogene Wägin zu sich und verpackte sie in Calcutta in einem Nonnenkloster unterzubringen. Das Mädchen hat drin-

reisender Artikel eine erste Verwarnung erhalten haben oder demnächst empfangen. Dillon wird auch wegen einer in Murree, Grafschaft Galway, am vorigen Sonntag gehaltenen Rede belangt werden, worin er gegen die Zahlung nicht ermäßigter Pachtzinsen eiferte. Es wird ihm von dem Gerichtshof wahrscheinlich aufgegeben werden, Bürgschaften für sein künftiges gutes Verhalten zu leisten. Leistet er diesem Befehle nicht Folge, so wird er, wie einst Michael Davitt, mindestens sechs Monate im Gefängniß zubringen haben.

Es verlautet, daß O'Donovan Rossa in New-York die Führerschaft der Dynamitpartei der Feinschmiedbrüderschaft niedergelegt hat und Dr. Hamilton Williams sein Nachfolger geworden ist.

Balkanländer.

Aus Konstantinopel wird der „Pol. Kor.“ unterm 24. November „von besonderer Seite“ geschrieben: Die türkischen Rüstungen dauern unausgesetzt an und werden in großem Maßstabe betrieben. Während der letzten Wochen sind in häufiger Folge Sendungen von Kriegsmaterial nach Adrianopel abgegangen, so daß dieser Ort — dank den dort errichteten Befestigungen — zu einem Waffenplatz ersten Ranges geworden ist. Auch die Linie von Schataldscha ist theilweise wieder besetzt worden. Die Befestigung der Dardanellen schreitet unter der Leitung des deutschen Generals Ristow Pascha vorwärts. Bemerkenswerth ist auch, daß — zum ersten Male seit dem russisch-türkischen Kriege — jetzt in Schataldscha scharfe Schießübungen vorgenommen werden, und auch die Infanterie, welche seit vorigen Jahren diese Übungen aus Ertrampirkrücheln unterlassen hatte, wird jetzt im Schießen nach den Zielen eingeübt.

Asien.

Die französische Deputirtenkammer beschäftigte sich mit dem Kredit für das Protektorat über Tonking. Unter diesem Titel werden 30 Millionen Franks gefordert, eine bittere Bille für die zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Ausgaben und Einnahmen ohne neue Anleihe gewählten Abgeordneten. Um sie zu verließen, erklärte Freycinet, der geforderte Betrag von 30 Millionen würde nach und nach verschwinden, es sei eine föhliche Verminderung derselben um 5 Millionen in Folge der Zunahme der Einnahmen vorauszusetzen. Von einer Räumung Tonking's könne nicht mehr die Rede sein.

Amerika.

Ueber die politischen Bestrebungen der Arbeiter New-Yorks berichtet die „New-Yorker Handelsztg.“: Die New-Yorker Gewerkschaftsvereine und Arbeiterorganisationen, welche bei der letzten Mayorswahl Henry George unterstützt, beabsichtigen eine permanente Arbeiterpartei zu bilden. Das Exekutivkomitee der Arbeiter, welches die George-Kampagne geleitet, hat die Sache in die Hand genommen und in einer kürzlich stattgefundenen Sitzung beschlossen, eine Konvention von Delegaten der verschiedenen Massenbezirke einzuberufen, in welcher die zur Bildung der geplanten Arbeiterpartei notwendigen Schritte besprochen werden sollen. Henry George nimmt aktiven Antheil an der Organisation der Partei und hat derselben, die erst im Werden begriffen, sogar schon einen Namen beigelegt, der da lautet „Progressive Democracy“ (Fortschrittliche Demokratie). Ueber die Beibehaltung dieses Namens hat übrigens auch die erwähnte Konvention zu entscheiden. Wir können, so fügt dem die „New-Yorker Handelsztg.“ bei, im Hinblick auf diese Parteiorganisation nur wiederholen, daß aus dieser Arbeiterbewegung mit der Zeit wohl eine neue lebensfähige Partei entstehen mag, da für die Bildung einer solchen angeichts der Verschiebungen der Scheidelinien und der Fesetzung in den alten politischen Parteien die Bedingungen vorhanden sind. Es ist eine bemerkenswerthe Thatsache, daß die Henry George-Kampagne den Anstoß zu Arbeiterbewegungen in derselben Richtung in anderen Theilen des Landes gegeben hat. So hat z. B. in Philadelphia bereits ein Henry Georgeklub, bestehend aus Gewerkschaftsvereinen, gebildet und sollen die dortigen Arbeiter ernstlich mit der Absicht umgehen, dem Beispiele ihrer New-Yorker Kollegen zu folgen und ebenfalls eine politische Partei zu organisieren, welche bei der in der Stadt der Bruderkette im Februar nächsten Jahres stattfindenden Mayorswahl einen eigenen Kandidaten nach dem Muster Henry George's aufstellen soll. Also dasselbe Experiment wie in New-York. Auch im Westen haben die Arbeiterorganisationen begonnen, in das politische Getriebe einzugreifen und bei den letzten Wahlen mehr Erfolge errungen, als ihre Kameraden in New-York. In Chicago ist es auf diese Weise den Arbeitern gelungen, eine Anzahl der von ihnen für die Legislatur aufgestellten Kandidaten durchzubringen und in Milwaukee haben sie sogar einen Vertreter für das Repräsentantenhaus des Kongresses gewählt. Es steht demnach zu erwarten, daß sich in allen großen Städten des Landes Arbeiterpartei organisieren werden, welche sich später, wahrscheinlich anlässlich der nächsten Präsidentenwahl, zu einer großen politischen Partei konsolidieren werden, um den Kampf mit den Republikanern und Demokraten auf der ganzen Linie aufzunehmen.

gend, sie zu behalten, da sie zu Hause sonst harter Behandlung ausgesetzt sei. So nahm Cooper denn die schöne „Lötung“ mit sich, doch nur unter der Bedingung, daß sie ihn „Futtschung“, d. h. Vater, anrede und als solchen betrachte.

Ueber das schreckliche Ende einer Löwenbändigerin wird der „Böf. Itz.“ unterm 28. November aus Brüssel folgendes geschrieben: „Vor wenigen Wochen hatte in Brüssel die große Menagerie Rouma-Dama großen Zulauf gefunden; insbesondere hatten die Vorstellungen der Löwenbändigerin Frau Rouma Staunen erregt. Gegenwärtig befindet sich diese Menagerie in Paris und findet denselben Zulauf, aber ein entsetzliches Ereigniß hat den Löwen-Produktionen ein Ende gemacht. Um etwas Neues zu bieten, war ein junger dreijähriger Löwe dresirt worden, und um kurz vor der Vorstellung die Kunststücke zu wiederholen, betrat Frau Rouma den Käfig. In demselben Augenblicke stürzte sich der Löwe auf die Bändigerin, ergriff sie an der Gurgel, riß ihr das Kinn ab, zerfleischte ihren Vorderarm — mit dem Rufe: „August!“ — er ist das der Diener der Menagerie — rufe mich, ich bin verloren!“ stürzte sie beunruhigt auf Boden. August eilte hinzu und stürzte in den Käfig. Mit Riesenkraft ergreift er den Nacken des Löwen und wirft das wüthende Thier zurück. Der Direktor Soulet steigt entschlossen auch in den Käfig, und ob wohl der Löwe ihm eine Wunde am Fuße beibringt, gelingt es ihm, Frau Rouma aus dem Käfig zu ziehen und selbst herauszuführen. Nun entspinnt sich ein wüthender Kampf zwischen August und dem Löwen. Letzterer, durch den Blutgeruch noch wüthender gemacht, stürzt sich auf den Diener, zerfleischt und beißt ihn — da kommt der Restaurateur Maggi herzu und bearbeitet den Löwen mit einer Seugabel dertartig, herzu und bearbeitet den Löwen mit einer Seugabel dertartig, daß August, von Blut überströmt, den Käfig verlassen konnte. Das Ganze spielte sich in 5 Minuten ab. Die Letzte hoffen den Diener zu retten, aber Frau Rouma ist ihren Wunden erlegen.“ — Dertartige barbarische Kunststücke, wie sie von den Löwenbändigern gezeigt werden, sollte man in einem zivilisirten Lande überhaupt nicht mehr dulden, sie dienen sicherlich nicht zur Förderung der Kultur, nur stillos verwahtste Menschen können daran ein Wohlgefallen finden.

Ein wunderbarer Telegraphendraht. In der Besprechung einer Vorstellung im Zirkus Carrs, welcher gegenwärtig in Oldenburg weilt, bezeichnet der „Korrespondent für das Großherzogthum Oldenburg“ als eine „wahrhaft sensationelle Leistung“ die Produktionen des Fräulein Rosa Delbos auf einem 20 Fuß hohen und 40 Fuß breiten (!) Telegraphendraht.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 2. Dezember, Nachmittags 5 Uhr. Sieben Naturalisationsgesuche — Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten — Berichterstatter über die Vorlage, betr. den Ausbau der Dammhüllen — Vorlage, betr. die von den städtischen Gasanstalten im Juli-September-Quartal gespeisten Klammern — desgl., betr. den Ankauf des Lohmühlengrundstücks in der Schleifensstraße und am Lohmühlengasse, zwischen Schiffahrtskanal und Fluthgraben — desgl., betr. des Regularis für die Verwaltung des Reichheimischen Vermögens — desgl., betr. die Festsetzung einer neuen Baufluchtlinie für das Grundstück Königgräzerstraße Nr. 12 — desgl., betr. den Verkauf der Restparzelle des Scharren-Grundstücks an der Laubenstraße — desgl., betr. die Erstattung des Kaufgeldes für das Terrain hinter der Eßlingerstraße — desgl., betr. den Bau einer Interimbrücke über den Landwehrkanal unter der Albrechtshoferbrücke — desgl., betr. die Erwerbung des Bürgersteigterrains vor dem Grundstück Gerichtsstraße Nr. 64 — desgl., betr. die Festsetzung einer neuen Baufluchtlinie für die Dämme des Neuen Marktes, sowie den Ankauf der Grundstücke Neuer Markt Nr. 3, 4, 5, 6 und 7 — desgl., betr. den Ankauf des Grundstückes Müllerstraße Nr. 151 — Berichterstatter über die Vorlage, betr. den Anschluss der Anilinfabrik am Wiesen-Ufer an die Kanalisation — Vorlage, betr. den Anschluss des Arbeitshauses und des Waisenhauses an die Wasserhebevorrichtung vor dem Stralauer Thore — desgl., betr. den Ankauf der Grundstücke Andreasstraße Nr. 56, Krautstraße Nr. 48a und Grüner Weg Nr. 95 behufs Erbauung einer Markthalle im Osten der Stadt

Sieben Rechnungen — Fünf Unterstützungsgesuchen — Vorlage, betr. die Wahl von Schiedsmännern für die Kommission zur Abschätzung krankenkranker Thiere — desgl., betr. die Neu-Regulierung eines Engagementsvertrages — desgl., betr. die Neuwahl der Mitglieder der Einschätzungs-Kommission für juristische Personen. — Außerdem findet in dieser Sitzung um 5½ Uhr die Einführung von fünf neugewählten Stadtverordneten und um 7 Uhr die Wahl eines unbesoldeten Stadtraths statt.

Folgende Petitionen sind bei der Stadtverordneten-Versammlung eingegangen: Verstellung einer Verbindung der Chauvestraße mit der Gartenstraße zwischen der Invaliden- und Liefenstraße. — Befreiung der durch die Berlin-Zettiner Eisenbahn im Weichbilde der Stadt hervorgerufenen Verkehrshindernisse. — Beschleunigung der Kanalisationsarbeiten im Radialsystem XI. — Offerte zum Ankauf von Terrains der Grundstücke Friedrichstraße 102 und 103 und Weidendamm 1 zur Durchlegung der Charlottenstraße. — Regulierung der Elanierstraße zwischen Elisabeth-Ufer und Mantuffelstraße. — Der „Schleifische Thor-Bezirksverein“ petitionirt um Bewilligung eines Beitrages seitens der Stadt zu dem Bau einer Kirche für die von der Thomas-Parochie abzweigende neue Kirchengemeinde.

Aus dem Verwaltungsbericht der Irrenanstalt der Stadt Berlin zu Dalldorf entnehmen wir, daß sich die Gesamtbevölkerung der in kommunaler Anstaltspflege (in Dalldorf und in der Kommunalabtheilung von Privatinstalten) befindlichen Geisteskranken im Rechnungsjahre 1. April 1885—86 in folgender Weise gestaltete: Am 31. März 1885 war der Bestand 1909 Irre; bis zum 31. März 1886 betrug der Zugang 936 Personen, zusammen also 2845 Personen. Abgegangen sind während des Berichtsjahres 785, so daß der Bestand ultimo März 1886 2060 betrug. Von letzteren waren untergebracht in Dalldorf 1256 und in Privatinstalten 804 Personen. Von den im Jahre 1885—86 auf die Irrenabtheilung im Ganzen 628 Aufgenommenen war unter den Männern der Handwerkerstand am meisten vertreten mit 127, der Künstlerstand am wenigsten mit 2, der Gelehrtenstand mit 8, der Arbeiterstand mit 14 zc. Unter den Frauen sind die Dienstmädchen am meisten vertreten mit 54, am wenigsten die Schauspielerinnen mit 5, Handwerkerinnen mit 33, Arbeiterinnen (ledig) mit 34, Arbeiterinnen mit 27, Näherinnen mit 27, aus dem Gelehrtenstand mit 25, aus dem Beamtenstande mit 25 zc. Von der Gesamtsumme des Abganges sind 50 oder 7,8 pCt. gestorben, 17 entwichen (darunter 6 wiederholt), die übrigen sind in die Familie oder in eine Pflegefamilie oder in eine Sienenanstalt zc. entlassen, oder in eine auswärtige Irrenanstalt (19 Personen) untergebracht worden. In der Irrenanstalt, welche mit der Irrenanstalt in Dalldorf verbunden ist, war der Bestand ultimo März 1886 118 Böglinge. Aufgenommen wurden bis ultimo März 1886 49, entlassen wurden 31, gestorben sind 3. Der Bestand vor Ablauf ultimo März 1886 133 Böglinge (95 Knaben und 38 Mädchen).

Gerichts-Zeitung.

Wien, 29. November. Vor dem hiesigen Schwurgerichte begann heute der Prozeß gegen den Lokomotivführer Wenzel Trnka und den Beschleusen Karl Scherer, welche am 29. August d. J. den Eisenbahnzusammenstoß bei Mödling auf der Südbahn verschuldet haben, wobei fünf Personen getödtet und dreißig Personen theils leicht, theils schwer verletzt wurden. An der Anklage wird folgendes ausgeführt: Trnka hat am Abend des bezeichneten Tages als Lokomotivführer des von Wiener-Neustadt nach Wien verkehrenden Personenzuges bei der Station Mödling die Warnungsrufe des mit ihm auf der Maschine beschäftigten Heizers nicht beachtet, hat auch die Halt- und Nothsignale, sowie die Signallichter, die Signale des entgegenkommenden Stadtmannes, die Signale des Zugführers nicht beachtet; er hat unterlassen, sich zu verhalten, ob das von ihm befahrene Geleise und die Einfahrt in die Station Mödling frei sei, und ist in höchst unvorsichtiger Weise, bei verhältnismäßig bedeutender Auggeschwindigkeit weitergefahren und in den auf demselben Geleise befindlichen, in gleicher Richtung nach Wien abgehenden Zug Nr. 79 hineingefahren. Scherer hat als diensthabender Stationsbeamter in Mödling des Stationsbedeckungssignal auf „freie Fahrt“ stellen lassen, obwohl ihm bekannt sein mußte, daß dem Zuge 79 ein anderer Zug in kürzester Zeit auf demselben Geleise und in derselben Richtung nach Wien folge, und hat unterlassen, der Dienstvorschrift gemäß, dem Zuge 79 das Zeichen zur Abfahrt durch ein Handsignal oder durch einen Bahnbediensten zusammen zu lassen. Die Staatsanwaltschaft führt nach den Angaben von Sachverständigen aus, daß Trnka bei nur einiger Aufmerksamkeit, wenn er auf eines der ihm gegebenen Haltesignale geachtet hätte, trotz des auf „freie Fahrt“ gestellten Stationsbedeckungssignals, den Zug hätte zum Stillstand bringen müssen. Trnka hat selbst unmittelbar nach der Katastrophe tief betroffen und gebeugt gesagt: Ich sah das grüne Licht der Stationsbedeckung, hielt die Bahn dem Betriebsreglement gemäß für fahrbar und sah dann weiter nicht mehr auf die Schienen, sondern ins Grüne. Beim Bezirksgerichte Mödling äußerte er: Ich muß eingestehen, daß ich, da ich die Distanzsignale als mein Heiligtum betrachtete, verabsäumt habe, den übrigen Erscheinungen die „nötige Aufmerksamkeit zu schenken“. Was den Scherer betrifft, so hatte dieser, wie er selbst zugestehet, gar nicht daran gedacht, daß er das Signal auf freie Fahrt zu einer Zeit stellen ließ, da ein Zug auf demselben Geleise eintreffen mußte, auf welchem sich der Zug 79 befand. Der Prozeß wird zwei Tage dauern.

Ein Ruß durch vier Instanzen. Am 16. Dezember 1886 fand in Vicenza ein großes Bankett statt und der Kaufmann Giacomo, der dort etablirt ist, hörte von seinem Tischgenossen, daß Signora Theresia Bernato, die Gattin des Hausbesizers Bernato, die schönste Frau der Stadt sei. Giacomo, der sich nie viel um Frauen gekümmert, sprang, vom genossenen Weine erhit, auf und rief: „Wenn sie wirklich die Schönste

ist, muß ich sie küssen und zwar binnen einer Stunde“. Giacomo nahm einen Wagen, fuhr zur Wohnung der schönen Frau, ließ sich melden und als Frau Bernato, die in ihm einen Geschäftsfreund ihres Gatten vermuthete, ihn empfing, näherte er sich ihr, umschlang ihre Taille und küßte sie auf die linke Wange. Die Dame verlegte dem Frechen eine tüchtige Ohrfeige, dann rief sie um Hilfe. Ihr Gatte und die Dienerschaft eilten herbei, Giacomo wurde etwas unfanft zu Thür hinausgedrängt, lehrte aber glückstrahlend zu seinen Freunden zurück und sagte: „Ich habe das schönste Weib geküßt, nun soll man mich meinetwegen hängen.“ Signora Bernato verklagte nun den Aufräuber bei dem Gerichte von Vicenza und dieses verurtheilte denselben zu 5 Tagen Gefängniß, 50 Franks Strafe und Erstattung der Gerichtskosten in der Höhe von 1057 Franks. Signor Giacomo fand dies für einen Ruß etwas zu hoch gerathen, und appellirte an das Obergericht. Dieses bestätigte das Urtheil und Giacomo richtete seinen Rekurs an den Kassationshof von Florenz. Dort wurde das Urtheil umgestoßen und der Fall vor das Tribunalgericht von Treviso verwiesen, wo er am 20. d. zur Verhandlung gelangte. Signora Theresia Bernato wohnte der Verhandlung bei; sie wußte dem Aufräuber wühende Blicke zu und erklärte, sie werde diese Schmach ihr Leben lang nicht vergessen. Plegmatisch erwiderte Giacomo: „Die Zeit bewirkt viel, ich dachte auch, daß ich das Vergnügen dieses Kusses lebenslänglich empfinden würde, und jetzt spüre ich gar nichts mehr davon.“ Das Tribunal fand die Strafe des ersten Gerichts zu streng und verurtheilte Signor Giacomo nur zu dreißig Franks.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Unfälle der Seeleute. In der englischen Handelsmarine verliert im Jahresdurchschnitt von 66 Matrosen einer sein Leben durch Schiffsunfall, während das Verhältniß bei den englischen Bahnbeamten sich wie 1:600 und bei den Bergleuten wie 1:454 stellt. Nach der deutschen Berufsstatistik vom 5. Juni 1882 befanden sich unter den Invaliden für die See- und Küstenschiffahrt an Schiffen 942 Personen, an Schiffmannschaften 675 Personen, darunter 309 bezw. 282 Personen von 70 Jahren und mehr, bei denen also die Invalidität wohl auf das hohe Alter zurückgeführt werden kann. Wenn man hinsichtlich der Uebrigen etwa die Hälfte als durch Unfall veranlaßt und die andere Hälfte als durch andere Ursachen entstanden voraussetzt, wie es z. B. der Regierungsrath von Woodville gethan, so kann man annehmen, daß 316 Invaliden unter den Schiffen und 196 unter der Schiffmannschaft vorhanden gewesen sind, die ihre Invalidität aus Seeunfällen herleiten. Hält man damit zusammen die Zahl der erwerbsfähigen Personen in der Schiffersbevölkerung, so ergibt sich, daß von der Seeschiffahrt treibenden selbstständigen Bevölkerung im Jahre 1882 bei uns ebenfalls einer von 66 Personen oder 1,5 pCt. der gesamten Zahl verloren gegangen sind. In der großen Mehrtheit der Fälle erleiden die Seeleute, wenn sie verunglücken, den Tod; man hat für das Jahr 1882 auf 414 Todesfälle 30 Invaliditätsfälle und für den Durchschnitt von 1878—1882 333 Todesfälle gegen 30 Invaliditätsfälle gerechnet!

Aus Antwerpen, 25. November, berichtet man der „Zeff. Rtg.“: Die Diamantschleiferei der Scheldestadt ist seit Kurzem von einer allgemeinen Arbeitseinstellung bedroht. Diese Industrie ist gegenwärtig eine der bedeutendsten des Antwerpener Bldes und hat seit mehreren Jahren die Konkurrenz Amsterdams, das früher der Hauptmarkt für geschliffene Diamanten gewesen, aus den vornehmsten Plätzen des Diamantenhandels, London und Paris, besiegt. Ein ganzes Heer von Arbeitern dient dieser Industrie, die zur Zeit mindestens 1800 Werkbänke oder „Möhlen“ in Thätigkeit setzt. Die allgemeine Krise, unter der die wirtschaftliche Welt leidet, ist jedoch auch an diesem Arbeitszweige nicht spurlos vorübergegangen; seit drei bis vier Jahren zeigt sich dies in einer Verminderung der Lohnsätze der Schleifer, die 4 Franks per Karat betrug. Da gelang es den Fabrikanten vor etwa sieben Wochen, sich neue Arbeitsgebiete in China und Japan zu eröffnen. Die Folge war eine plötzliche bedeutende Hebung des Geschäftes, so daß jetzt die Unternehmer, obgleich in allen Establishments von 6 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends gearbeitet wird, den zahlreich einlaufenden Aufträgen nicht zu genügen vermögen. Natürlich jubeln die Arbeiter, allein in ihrem Jubel vergaßen sie, den Lohnsatz, wie er vor der Herabsetzung der Arbeitslöhne bestanden, wieder herzustellen. Heftige Proteste der Arbeiter blieben nicht aus, und in großen Meetings machten diese ihrer Unzufriedenheit Luft. In der ersten dieser Versammlungen wurden nach langer Diskussion folgende Beschlüsse gefaßt: 1) eine Lohnhöhung von 100 Prozent per Karat zu verlangen; 2) darauf zu bestehen, daß denjenigen Arbeitern, die „Brillanten“ schleifen, der Edelstein fortan in rohem Zustande und nicht mehr geschliffen, wie dies bisher der Fall gewesen werde. Für den Fall, daß diese Forderungen nicht bewilligt werden sollten, verpflichten sich die dem Beschlusse beigetretenen, nach Ablieferung der Partie, die sie noch unter Händen hätten, alle Arbeit zu verweigern. In Folge dieser Haltung brachen bereits am Tage darauf mehrere partielle Streiks aus. Eine Anzahl Fabrikanten einigten sich hierauf dahin, ihren Arbeitern zwei Franks per Karat zuzulegen, jedoch unter der Bedingung, daß der neue Lohnsatz erst am 1. Januar nächsthin in Kraft trete. In einem zweiten großen Meeting der Schleifer wurde über dieses Anerbieten hin und her gestritten und zuletzt beschlossen, den Vorschlag der Fabrikanten im Prinzip anzunehmen, jedoch für das Inkrafttreten der erhöhten Lohnsätze nur eine Frist von zwei Wochen zuzugestehen. Werde dem keine Folge gegeben, so solle die allgemeine Einstellung der Arbeit erfolgen. Vorläufig ist die Arbeit überall wieder aufgenommen worden, die Zwischenzeit aber wird von den Diamantschleifern zur Gründung einer Liga behufs Vertheidigung ihrer Interessen benutzt, zu welchem Zwecke im Laufe vergangener Woche mehrere Meetings stattfanden. Von einem Eingehen der Fabrikanten auf die Forderungen der Schleifer ist noch nichts wahrzunehmen, dagegen sind zwei von den Arbeitern, die an der Spitze der Bewegung stehen, von einem der Fabrikanten entlassen worden. — Ganz wie bei uns!

Der schweizerische Schiffstiderei-Verband hat in seiner letzten Versammlung in St. Gallen beschlossen, den Minimallohn fallen zu lassen, um die Konkurrenz mit der sächsischen Tiderei aufnehmen zu können. Internationale Fabrikgesetzgebung, damit nicht die Unternehmer des einen Landes immer die günstigere Lage ihrer Konkurrenten im andern Lande vorzuziehen können, um die Löhne wucherlich zu drücken!

Im Fachverein der Maurer Hamburgs wurde am Donnerstag Abend über die Mängel des hamburgischen Baupolizeigesetzes verhandelt und eine Anzahl von Bestimmungen über Stärke und Art des Mauerwerks, der Fundamente und der Beschaffenheit des Untergrundes gewünscht. Ein Redner betonte, daß schon eine Kommission mit dem Mandat, Abänderungsvorschläge zum Baupolizeigesetz zu machen, bestche, und ersuchte, derselben mit Rathschlägen zu helfen. Da trotz eines früheren Beschlusses, auf den Bauen des Mauerwerks die Arbeit einzustellen, doch einzelne Maurer die Arbeit wieder aufgenommen haben, beschloß die Versammlung aufs neue mit allen gegen eine Stimme, daß bis zur Beendigung der Untersuchung gegen Krümmer kein Mitglied des Maurerfachvereins bei demselben in Arbeit treten darf. Der Beginn dieser neuen allgemeinen Sperre wurde auf Montag, den 29. d. M., festgesetzt.

Vereine und Versammlungen.

Der Fachverein der Tischler hielt am Sonnabend, den 27. November, eine gut besuchte Versammlung in Jordan's

Salon, Neue Grünstraße 28, unter Vorsitz des Herrn Zugauer. Nach geschäftlichen Mittheilungen seitens des Vorsitzenden wurde über einen Antrag der Arbeitsvermittlungskommission diskutiert, der die Ueberweisung einer größeren Anzahl Werkstellen, über die von Seiten der Kollegen Klage geführt worden, behufs Nachprüfung der Fachkommission zu übergeben besagt. Hierbei wurde von verschiedenen Kollegen auf die immer schlechter werdenden Arbeits- und Lohnverhältnisse in vielen Werkstellen hingewiesen und die Kollegen aufgefordert, thätig für Heranziehung der Kollegen zum Fachverein zu agitiren, damit in geschlossenen Reihen mit Erfolg für Besserung der traurigen Zustände im Gewerk gesritten werden könnte. Weiter wurde die Ausbeutung der Kollegen durch die sogenannten „Arbeitsnachweise“ von Schankwirthen charakterisirt. Unter anderen wurde der „Arbeitsnachweis“ des Schankwirths Nummer, Ritterstraße 34, als ein solcher genannt, wo die Kollegen wohl ihr Geld verzehren könnten, aber Arbeit nur in den seltensten Fällen bekämen. Auch der „Adressenschacher“ der Ortskassirer wurde einer näheren Beleuchtung unterzogen und die Delegirten der Ortskrankenkasse, die dem Fachverein angehört, aufgefordert, in der nächsten Generalversammlung der Ortskasse den Kassirern plausibel zu machen, daß die Adressenausgabe von ihrer Seite entschieden eingestellt werden müsse und daß sie sich nach den Gesellen und nicht nach den Meistern zu richten hätten, wie und wo die Arbeitsadressenausgabe erfolgen solle. Es wurden sodann die Werkstellen des Herrn Sanber, Laubenstraße 46, sowie die des Herrn Otto, Blumenstraße 38, vom Arbeitsnachweis ausgeschlossen. Nach Erledigung eines Antrags Grimpe sowie verschiedener Anträge, welche des öffentlichen Interesses entbehren, machte der Vorsitzende bekannt, daß Abonnements auf die „Neue Tischlerzeitung“ Herr Freig entgegennimmt, ferner, daß die Vereinsmitglieder, die während einer etwaigen Krankheit ihre Beiträge erlassen haben wollen, ihr Buch bei Eintritt der Krankheit beim Kassirer vorzuzeigen haben. Billets zum Weihnachtsvergügen werden durch Herrn Apelt vergeben. Die nächste Versammlung findet Montag, den 6. Dezember, in Jordan's Salon statt.

Eine Mitgliederversammlung der Freien Organisation junger Kaufleute findet am Freitag, den 3. Dezember er., Abends 9 Uhr, in Nief's Salon, Kommandantenstr. 71/72, statt. Tagesordnung: 1. Unterstützungsfonds. 2. Rechtsschutz für Mitglieder. 3. Verschiedenes. Gäste haben freien Zutritt. Briefe und Zusendungen sind an das Bureau, Friedrichstr. 20, zu richten.

Verein für Technik und Gewerbe. Mittelstraße 65, Mittwoch, Abends 8½ Uhr, Vortrag. Gäste willkommen. **Gesangs- und gesellige Vereine** am Mittwoch, „Freya“ Gesangverein der freireligiösen Gemeinde. Übungsstunde Abends 8 Uhr Müngstr. 5. — Gesangverein „Norddeutsche Schiffe“ Abends 9 Uhr Dresdenstr. 72/73 im Restaurant „Eben-Theater“.

Kleine Mittheilungen.

Eberfeld, 28. November. Gegen einen Lehrer der hiesigen Oberrealschule ist wegen Begehung mehrerer Sittlichkeitsverbrechen die Untersuchung eingeleitet worden. Der Angeeschuldigte hat sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen und wird strebriesslich verfolgt.

Mainz, 28. November. In Folge eines Krawalls, welcher sich in der vergangenen Nacht zwischen Soldaten des brandenburgischen Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 3 und Pöhlischen abspielte, ist die auf dem Flachsmarkt gelegene Radianerhofkaserne gesperrt. Die Soldaten dürfen die Kaserne nicht eher verlassen, bis die Exzedenten, welche während der Nacht in die Kaserne eindrangten, ermittelt sind.

Petersburg, 29. November. In Taschkent hat heute Vormittag 9 Uhr 10 Minuten ein starkes Erdbeben stattgefunden; viele Häuser des russischen Viertels wurden hierdurch beschädigt.

New-York, 19. November. Die gerichtliche Verhandlung gegen den früheren Schöffen von New-York, Quade, welcher beschuldigt ist, in der Angelegenheit der Broadway-Straßenbahn ein Geschenk empfangen zu haben, wurde heute wieder aufgenommen. Die ebenfalls angeklagten Schöffen Fullgraf und Im bezeugen, daß dreizehn Schöffen für Abgabe ihrer Stimme zu Gunsten der Bauerlaubnis der Straßenbahn je 20 000 Doll. empfangen hätten.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Einstellung beizubehalten. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

Abonnent Wallstraße. Nach einer neueren Entscheidung eines Oberlandesgerichts kann der Fiskus die Gewinne aus der sächsischen Lotterie von dem Gewinner einklagen. Doch ist die Sache rechtlich sehr zweifelhaft, und es ist zunächst die Entscheidung des Reichsgerichts abzuwarten.

99. Briefkasten. 1. Sie können nicht verlangen, daß der Empfänger eines Beleidigungs gegen Sie enthaltenden Briefes Ihnen denselben herausgibt, damit Sie den Briefschreiber ermitteln. 2. Zur Veranstaltung eines Privatmaskenballes brauchen Sie keine polizeiliche Genehmigung. Wir erinnern Sie aber daran, daß vor einigen Jahren Jemand wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz bestraft ist, weil er auf einem Maskenball einen Degen trug, ohne einen Waffenschein zu haben.

R. S. Wenn Sie ein Darlehn auf Grund eines einfachen Schuldscheins einklagen, so sind Sie immerhin der Gefahr ausgesetzt, daß der Beklagte seine Unterschrift abschwört. Es ist darum rathsam, bei größeren Objekten die Unterschrift notariell oder gerichtlich beglaubigen zu lassen. Erforderlich ist dies aber nicht.

S. St. 40. Sie brauchen dem Witbe nur die Miethe zu zahlen, welche Sie in dem von Ihnen selbst unterzeichneten Kontrakte versprochen haben. Wenn Ihre Frau die einzige Erbin der Großmutter ist und befürchten muß, daß deren Mieth- und sonstige Schulden den Werth der Nachlasssachen übersteigen, so thut sie am besten, der Erbschaft durch ein an das Amtsgericht zu richtendes Schriftstück zu entgehen.

Abonnent in Aachen. Wenden Sie sich mit Ihrer Beschwerde an die Post.

R. S. Bezüglich der „Neuen Welt“ wollen Sie sich gefälligst an den Verlag von Geiser u. Komp. in Breslau wenden.

G. S., Melchiorstraße. Besten Dank für Ihre freundliche Gabe. Einbanddecken zur „Illustrirten Sonntagsbeilage“ sind nicht angefertigt worden.

Ar. 12. Rüdigerdorferstr. Sie können Ihren früheren Arbeitgeber auf Schadenersatz belangen, wenn derselbe Ihnen ohne rechtmäßigen Grund Ihr Krankenlastenbuch inne behalten hat, und es Ihnen dadurch unmöglich geworden ist, anderweit Arbeit zu bekommen. Die Klage geht nicht an die Gewerkschaft, sondern an das Amtsgericht und kann auf der Anmeldestube, Neue Friedrichstr. 13, zu Protokoll gegeben werden.

R. S. Tasdorf. 1. Nur wenn man das geschaltete Schwein ganz oder theilweise verlaufen läßt, muß man dasselbe auf Trichinen untersuchen lassen. Die Lorge der Fleischbeschauer ist und nicht bekannt. — 2. Wenn Sie den Tabak nur an diejenigen verkaufen, die zu der Vereinigung gehören und die Bücher lesen, nicht auch an Fremde, so liegt kein Gewerbebetrieb vor und eine Anmeldung bei der Steuerbehörde ist nicht erforderlich.

A. M. 13. Sie brauchen die gebildete Kasse nicht polizeilich anzumelden und können den Namen beibehalten.

Theater.

Mittwoch, den 1. Dezember.
 Opernhaus. Donna Diana.
 Schauspielhaus. Ein Wintermärchen.
 Deutsches Theater. Romeo und Julia.
 Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der
 Viceadmiral.
 Wallner-Theater. Die Sternschnuppe.
 Vittoria-Theater. Amor.
 Odeon-Theater. Das neue Gebot.
 Residenz-Theater. Georgette.
 Zentral-Theater. Der Waldteufel.
 Bellealliance-Theater. Der Kreuzschreiber.
 Valhalla-Theater. Die Piraten.
 Königsstädtisches Theater. Von Schrot und
 Korn.
 Kaufmann's Variete. Spezialitäten • Vor-
 stellung.
 Amerikan-Theater. Spezialitäten • Vorstellung.
 Reichshallen • Theater. Spezialitäten • Vor-
 stellung.
 Concordia • Theater. Spezialitäten • Vor-
 stellung.

Stadt-Theater.

(Früher Alhambra-Theater.) Wallnertheaterstr. 15.
Das Mädel ohne Geld.
 Poffe mit Gef. in 3 Akten von Dr. Ed. Jacobson.
 Musik von Lehner.
 Dirigent: Herr Kapellmeister Theodor Franke.
 Vor der Vorstellung:
Großes Concert,
 ausgeführt von der Hauskapelle unter Leitung
 des Kapellmeisters Hrn. Theodor Franke.
 Anfang des Concerts:
 Wochentags 7 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
 Anfang der Vorstellung:
 Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 7 1/4 Uhr.
 Das Theater ist mit elektrischer Beleuchtung
 versehen.

Eden-Theater.

(Früher Louisenst. Theater.) Dreddenstr. 72 73.
 Zum ersten Male in Berlin:
Eingeborene der Antillen.
 Anthropologische Sebenswürdigkeit. (14 Personen.)
 Nelson und Mayton, Exzentria-Clowns.
 Brothers Forest, Musical-Clowns.
 Madame Flora Hoffmann, Konzertsängerin.
La-la-Sultana-Hadschi, arabi-
 sche
 Gymnastiker und Springer.
 Mr. Hizaras, Kraftturner. Paula u. Ludw.
 Sellheim. Eugen Zocher.
 Kegel's Balletgesellschaft, 12 Damen, 2 Herren.
 Kaffeeöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Hef 3 der Internationalen Bibliothek.

Soeben erschien
Die Darwin'sche Theorie. (Die Abstammung des Menschen.)
 Preis pro Hef 50 Pf.
 Zu beziehen durch die
Expedition des „Berl. Volksblatt“, Zimmerstraße 44.
 Wiederverkäufern Rabatt.

Emile Zola.

Soeben erschien in unserem Verlag Emile Zola's erster großer Roman
Die Geheimnisse von Marseille.

Autorisierte Uebersetzung von Max Erantner.
 Zum ersten Male ins Deutsche übertragen.
 500 Seiten stark.
 Elegant ausgestattet, geheftet und beschnitten.

Preis im Buchhandel 2 Mark 50 Pfennig.
 Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Besonders empfehlenswert für Holzportage- und Eisenbahnbuchhandlungen, Leih-
 bibliotheken etc.
 Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, sowie direkt von der Verlagsbuchhandlung
Wörlein & Comp. Nürnberg.

Holzschuh-, Filzschuh- und Pantinen- Fabrik

von Christian Geier, S. O. Mariannenstr. 10.
 Alle in dieses Fach einschlagende Artikel in
 bester Qualität. [958]

Cigarren- & Tabak-Handlung Friedrich Michelsen,

Vertreter: G. Spletstösser,
 15 b Weinbergsweg 15 b.
 Lager erst amerikanischer, russischer und türkischer
 Cigaretten und Tabake. [919]

Stempel-Medaillons, [944]

Stempel-Federhalter
 Stempel für Vereine und Gewerbe,
 Schablonen und Schilder.
**H. Guttman, Graveur,
 Brunnenstrasse 9, Rosenth. Thor.**

Einer geehrten Nachbarschaft emp-
 mein **Holz- u. Rohrzuggeschäft.**
Karl Wagner, Adalbertstraße 6.

Teppiche,

zurückgelegte Muster, zu Spottpreisen, in der
Teppichfabrik - Niederlage, Hof I.
 1138] Moritzstraße 18.

Theilzahlung gestattet!
 Winterpaletots, Herren-Anzüge.
 27 Auguststraße 27 im Laden.

Nähmaschinen sämtlicher Systeme,
 Ringstichmaschinen etc. vert.
E. Franke, Saarbrückerstraße 6.
 Reparaturen schnell und billig. [760]

Arbeitsmarkt.

Ein Tischlergeselle
 auf Kastenarbeit wird verlangt Müllerstraße 40
 Hof parterre bei Hilgendorf. [1185]

Eüchtige Mechaniker
 auf Glocken und Tableaulappen werden ver-
 langt Parutherstraße 9. [1183]

Der weltberühmte anatomische
Apollo ist heute und täglich
 ausgestellt in
Präuser's Museum,
 Kommandantenstraße 70. [1182]
Dienstag und Freitag: Damentag.
 Entree 50 Pf. Vereinskarten gültig.

Passage 1 Fr. 9 M. — 10 M.
Kaiser-Panorama.
 In dieser Woche:
 Eine Wander. d. d. Riesengebirge.
 Zweite Reise durch das malerische Schottland.
 Gertha-Reise. — Carolinen-Inseln.
 Eine Reise 20 Wiennig. Kinder nur 10 Pf.

Schwere Ueberzieher, 20—30 M., soll. schlem-
 vl. w. Schneidmstr. Wagner, Köpnickstr. 435. III.
 Schlafstelle bei Mielen, Dranienstraße 10 IV r.

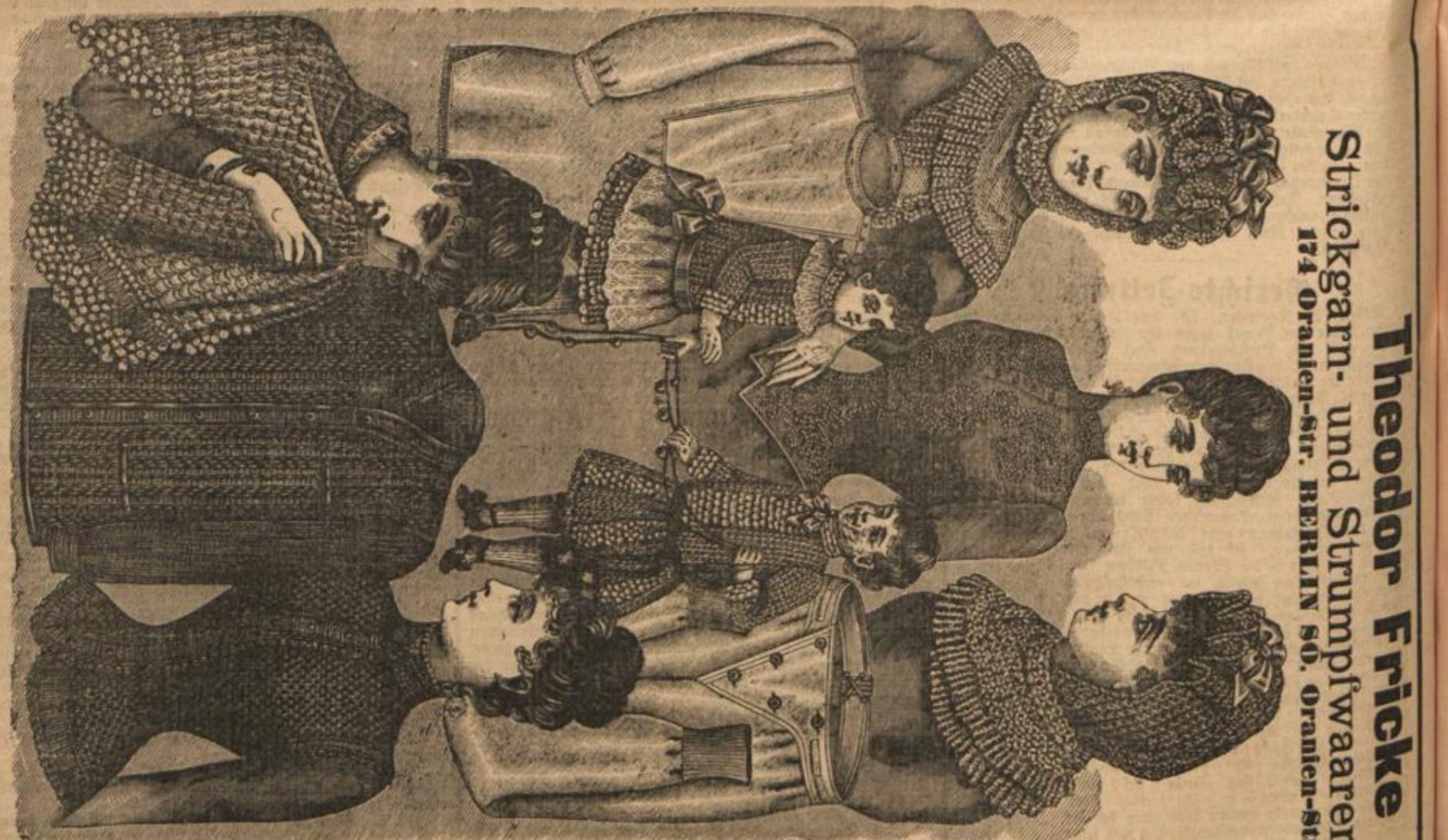
Soeben ist erschienen:
Der Neue Welt-Kalender für 1887.

Aus dem reichen Inhalt heben wir
 hervor: Reichshaushalts-Etat des Deut-
 schen Reichs. — Zerbrochene Ketten. Er-
 zählung von Rob. Schweißel. — Wä-
 rige Frauen und Haarmenschen. — Ein
 Proletariatskind. Erzählung v. E. D. Anger.
 — Der Kampf zwischen Feuer u. Wasser
 in der Welt. Von P. Dsm. Köhler. —
 Wie man eine Million verdient. — Flie-
 gende Blätter (humoristisch).

Als Gratis-Beilagen:
 1. Lucia. 3. Mutterglück.
 2. Blanche. 4. Die beiden Alten.
 Ein Wandkalender.

Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch die Expedition dies. Blattes
 Zimmerstraße 44.
 Wiederverkäufern Rabatt.



Theodor Fricke Strickgarn- und Strumpfwaren-Fabrik 174 Oranien-Str. BERLIN SO. Oranien-Str. 174.

empfehle zu enorm billigen Preisen:
Triest-Damen-Falten
 mit kugelförmigen Faltenreihen, Schalschleier und Ab-
 köcher von extra prima besten und feinsten Materialien
 Triest-Strick, weiches Überwollt überaus erhaltbar.
 Klein mittel gross extrafr.
 Sommerstrick 4,50 5,00 5,50
 do mit rothweissenstreifen 4,50 5,00 5,50
 Winterstrick m. d. gewick. 5,50 6,00 6,50 7,00
 do m. reich. Verwebstrick 6,50 7,00 7,50 8,00
 do mit Bord. 7,00 7,50 8,00 8,50

Geometrische-Schweiss-Hemden
 für Damen und Herren
 in mehreren Farben
 Klein mittel gross extrafr.
 1 Stück 1,75 2,00 2,25 2,50
 2 * In preis und reichere Ware
 Klein mittel gross extrafr.
 1 Stück 2,50 2,75 3,00 3,25
 2 * 2,75 3,00 3,25 3,50

Herren-Westen
 mechanisch hals und rechte gestrickt mit und ohne
 A 2,00 2,25 2,50 2,75
 do. extra schwere Ware
 A 3,00 3,25 3,50 3,75
 aus prima Baumwolle gefertigt
 A 4,00 4,25 4,50 4,75
 Winter-Interfaltenkleider
 Klein mittel gross extrafr.
 rechte n. links gestrickt 1,25 1,50 1,75 2,00
 doppel fadig 1,75 2,00 2,25 2,50
 Vierge fadig gefadigt 2,00 2,25 2,50 2,75
 extra Schweizer-Hemden 2,50 3,00 3,50

Neubetten
 in hochelastische Kopf-Plüsch und Kapoton
 in allen Farben vorräthig.
 Für Kinder
 Karolinchenbett A 0,75 1,00 1,50 2,00
 Handbett A 1,25 1,50 2,00 2,50
 Für Damen
 Karolinchenbett A 1,00 1,25 1,50 2,00
 Handbett A 2,00 2,25 2,50 3,00

Echte Stuttgarter Normal-Hemden
 gemacht mit Woll.
 Klein mittel gross extrafr.
 1 Stück 4,50 5,00 5,50 6,00
 2 * 5,00 5,50 6,00 6,50
 3 * 5,50 6,00 6,50 7,00
 4 * 6,00 6,50 7,00 7,50

Normal-Hemdkleider
 gemacht mit Woll.
 Klein mittel gross extrafr.
 1 Stück 4,00 4,50 5,00 5,50
 2 * 4,50 5,00 5,50 6,00
 3 * 5,00 5,50 6,00 6,50
 4 * 5,50 6,00 6,50 7,00

Damen-Westen
 mechanisch hals und rechte gestrickt mit und
 ohne Kinder
 A 1,25 1,50 2,00 2,50
 do. extra schwere Ware
 A 2,00 2,25 2,50 3,00
 do. extra schwere Ware
 A 2,50 3,00 3,50 4,00
 A 3,00 3,50 4,00 4,50

Kinder-Westen
 oben Armeel A 1,00 1,25 1,50 1,75
 mit Armeel A 2,25 2,50 3,00 3,50

Kinder-Kleidchen
 Handarbeit aus prima Zwirn, hart Zulehnung
 ohne Spitzen 5,00 5,50
 mit Spitzen 7,50 8,00

Neubetten in wollenen Faltten-Tüchern
 A 2,00 2,25 2,50 3,00
 A 3,00 3,25 3,50 4,00
 A 4,00 4,25 4,50 5,00

Soeken und Frotteestricke
 A Paar 50, 60, 70, 80 Frotte, L. 1,50 Mark
Wollene gestricke Gannachen
 A Paar 50, 60 Frotte, L. 1,25, 1,50 Mark.
Prima englische Strickwolle
 A Frotte zugewogen 2,00, 2, 2,50, 4 Mark.
Prima Zwirn- und Gantwolle
 A Frotte zugewogen 4,50 Mark.
Normal- und Elderswolle
 A Frotte zugewogen 4 Mark.

Sendungen nach auswärts nur gegen
 Rücksendung oder Nachnahme, Anbahn-
 sendungen finden nicht statt, doch in
 Umständen ausnahmsweise.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

3. Sitzung vom 30. November, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Boetticher, Jacobi, von Scholz, von Caprivi, Bronsart von Schellendorff u. A. mit zahlreichen Kommissarien.

Der Reichstag wird um die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Redakteurs der „Darmstädter freien Presse“ ersucht, der nach Auffassung des Kreisamtes zu Darmstadt in der Nummer vom 2. Oktober d. J. den Reichstag beleidigt hat. Das betr. Schreiben wird an die Geschäftsordnungscommission verwiesen.

Eingegangen ist die Uebersicht über den Stand der Bauausführungen und der Beschaffung von Betriebsmitteln für die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und für die im Großherzogthum Luxemburg gelegenen Strecken der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahn vom 30. September 1886. Ferner ein Beschluß des Bundesraths, betr. die Aufnahme der Anlagen, in welchen Albuminpapier hergestellt wird, in das Verzeichniß der gewerblichen Anlagen, welche nach Bestimmung des § 16 der Gewerbeordnung einer besonderen Genehmigung bedürfen.

Die erste Verathung des Reichshaushalts- etats für 1887/88 nebst dem Anleihegesetz leitet der Staatssekretär des Reichsschatzamt Dr. Jacobi mit einem sehr umfassenden Vortrage ein, der zum großen Theil auf bekannte Thatsachen und die in Aller Händen befindlichen Uebersichten über die Einnahmen und Ausgaben des Etatsjahres 1885/86 zurückgreift. Seine Mittheilungen bieten daher im Ganzen wenig Neues, leider auch wenig Erfreuliches. Der definitive Abschluß des Jahres 1885/86 weicht naturgemäß mehrfach von Schätzungen ab, die im vorigen Jahre an dieser Stelle auf Grund der Erfahrungen eines halben Jahres aufgestellt werden konnten. Vornehmlich fällt ins Gewicht der erhebliche Ausfall der Rübenzuckersteuer, der sich schon im Jahre 1884/85 auf 14½ Millionen stellte und im Vorjahre auf etwas über 20 Millionen gestiegen ist. Beim Reichsheere wurden nahezu 2½ Millionen weniger verausgabt, wesentlich durch Ersparnisse bei der Naturverpflegung, bei der Marine über 3 Millionen mehr verausgabt in Folge der umfangreichen Indienststellung der Schiffe. Im Schlussergebnis hat sich für Rechnung des Reichs ein auf das Konto der Rübenzuckersteuer zurückzuführender Fehlbetrag von 17 480 377 M. ergeben, der im Etatsjahr 1887/88 seine Deckung zu finden haben wird. Bezüglich der Abgaben, deren Mehrerträge den Einzelstaaten zu überweisen sind, sind die erwarteten höheren Beträge nicht voll eingegangen; bei der Tabaksteuer ist eine Mindereinnahme von etwa 1/2 Million zu nennen. Die Zölle haben ein Mehr von nur 15 856 490 M. und die Stempelabgaben ein solches von 2 640 528 M. aufzuweisen. Diese Mehreinnahmen bilden nämlich nicht im gewöhnlichen Sinne einen Ueberschuß gegen die etatsmäßigen Ansätze, sie sind wesentlich durch die bei der Etatsaufstellung nicht berücksichtigten im Laufe des Jahres 1885 bezw. mit dem 1. Januar 1886 eingetretenenollerhöbungen und durch die seit dem 1. Oktober 1885 erhobenen Stempelabgaben von Kauf- und sonstigen Anschaffungsgegenständen herbeigeführt. Eine stärkere Einfuhr von Kaffee und Petroleum hat mitgewirkt.

Die Mehreinnahmen an die Einzelstaaten beziffern sich auf 18 454 064 M., so daß hierin ein Ausgleich für den vorhin erwähnten Fehlbetrag zu finden ist.

Die Ausprägung ägyptischer Münzen auf der Münzstätte in Berlin hat der ägyptischen Regierung Anlaß gegeben, Anträge auf die Ueberlassung von Silberbarren zu stellen. (Hört, hört! links.) Diefem Antrage ist stattgegeben worden (hört, hört! links), um die fortgesetzten Zinsverluste zu vermeiden und um die Schwächung der Betriebsfonds, welche um den früheren Münzwert der Silberbarren gefürzt waren, zu beheben. Es sind also ganz unbeschadet der Stellung zur Währungsfrage wesentlich praktische Rücksichten für die Regierung maßgebend gewesen. Ein Druck auf den Silberpreis konnte natürlich bei diesen Abschlüssen, die sich im Stillen vollzogen, nicht geübt werden. Aus gleicher Erwägung ist dann der genannten Regierung im laufenden Jahre der Rest der vorhandenen Silberbarren überlassen und auch nur, um den Bedarf für die Ausprägung der ägyptischen Münzen voll zu befriedigen, ein geringer Theil des vorhandenen Zinbestandes im Betrage von 1½ Millionen Mark eingeschmolzen.

Der Schätzung der muthmaßlichen Ergebnisse des laufenden Jahres konnten die Erfahrungen der ersten 7 Monate zu Grunde gelegt werden, aber nicht in allen Punkten. Natürlich sind diese Schätzungen mit gewohnter Vorsicht aufzunehmen. Es werden sich Mehrausgaben herausstellen bei dem auswärtigen Amt, bei der Verwaltung des Reichsheeres und bei dem allgemeinen Pensionsfonds. Bei dem auswärtigen Amt sind 4 035 000 M. geschätzt. Es handelt sich um Mehrausgaben ähnlicher Art, wie sie schon im Vorjahre hervorgetreten sind. Bezüglich der Verwaltung des Reichsheeres wird vorläufig auf ein Mindereforderniß bei den fortdauernden Ausgaben von 2 877 000 M., dagegen auf eine Mehrausgabe bei den einmaligen Ausgaben von 6 845 000 M. gerechnet, zu welchen die anteilige bayerische Quote hinzuzurechnen ist. Außerdem sind noch Mehrausgaben an Wanderverkosten zu erwarten, welche jedoch bisher nicht haben ziffermäßig festgestellt werden können. Ersparnisse bei dieser Verwaltung in der Höhe von etwa 4 700 000 M. werden auch in diesem Jahre namentlich in Folge der Preisrückgänge bei den Brot- und Fourage naturalien und bei den Virtualien vorausgesehen. Gegenüber stehen Mehraufwendungen in Folge der Verminderung der Managements, in Folge der Steigerung der Pferdepreise geringere Einnahmen aus der Bewirtschaftung der Remontedepots und Vermehrung der Reise-, Vorspann- und Transportkosten. Mit der Kompletirung des Waffenmaterials hat schneller vorgeschritten werden können, als vorausgesehen war und mögen hierfür 5 200 000 M. mehr aufzuwenden sein, als veranschlagt war. Hierzu außeretatmäßige Ausgaben für Garnisonbauten in Saarburg, deren Fortsetzung im Jahre 1887/88 vorgesehen ist. Auf Rechnung des allgemeinen Pensionsfonds werden in Folge der neuen Pensionsgesetze beim Reichsheer 1 085 000 M. und bei der Marine 108 000 M. mehr verausgabt werden. Minderausgaben stehen bei dem Reichsamt des Innern, der Marine, der Justizverwaltung, der Reichsschatzamt und der Reichsbank. Hervorzuheben hierbei ist namentlich eine Ersparniß von 1 300 000 M. bei Unterstützung der überseeischen Postdampferverbindungen, da diese erst mit Ablauf des ersten Quartals ins Leben getreten sind, während eine nicht etatsmäßige Ausgabe von 440 000 M. bei dem Nord-Offsee-Kanal schon im Laufe dieses Jahres nöthig werden wird.

Im Ganzen ist nach Abzug der Minderausgaben auf einen Mehrbetrag der Ausgaben von 5 079 000 M. zu rechnen, der jedoch seine Bedeutung verliert, wenn man erwägt, daß die Verstärkung der Kompletirung des Waffenmaterials eigentlich

nur eine Ausgabe vorweg nimmt, die später doch zu leisten gewesen sein würde.

Erheblicher werden sich die Minde einnahmen gestalten, auf 19 200 000 M. (23 516 000 M. nach Abzug der Mehreinnahmen von 4 474 000 M.). Ausschlaggebend ist auch hier wieder die Zuckersteuer, deren Minderung sich für das laufende Jahr wahrscheinlich auf 21 714 000 M. stellen wird. Im Jahre 1885/86 belief sich der wirkliche Ausfall genau auf 20 190 256 M., 1884/85 auf rund 14½ Millionen. Seit diesem Jahre haben wir fortgesetzt mit der Fehlsamkeit und Unsicherheit dieses an sich erheblichen Einnahmepostens zu kämpfen. Erst wenn die Novelle zum Zuckersteuergesetz zu ihrer vollen Geltung gelangt sein wird, dürfen wir wieder auf übersichtlichere und gleichmäßigere Resultate rechnen.

In dem Fehlbetrag von 24 121 000 M. für das laufende Jahr befinden sich Mehrausgaben von 6 969 000 M., welche im Falle der Vorausbewilligung durch Anleihen zu decken gewesen wären, so die Ausgaben für Kompletirung des Waffenmaterials und die Bauten in Saarburg. Um so viel würde sich also der Fehlbetrag vermindern, wenn man diese Beträge noch nachträglich der Anleihe zur Rechnung zu stellen für geeignet befinden sollte. Auch bei der Ueberweisung an die Bundesstaaten bestimmter Zölle und Steuern wird ein erheblicher Ausfall nicht zu vermeiden sein, weil die Getreideausfuhr weit hinter den Voraussetzungen zurückgeblieben ist. Angenommen wurde eine Einnahme von 56 650 000 M. aus den Getreidezöllen, wobei der Durchschnitt der Einfuhr von 1882-84 zu Grunde gelegt wurde zugleich mit der Annahme, daß die erhöhten Getreidezölle nicht schon für das laufende Jahr die Einfuhr zurückerdrängen würden. In Wirklichkeit haben dieselben in der ersten Hälfte dieses Etatsjahres eine Einnahme von nur 13 900 000 M. ergeben. Berechnet man das zweite Semester in analoger Weise, so berechnet sich die Einnahme an Getreidezöllen auf 31 603 000 M., im Ganzen also auf 25 047 000 M. niedriger als bei der Etatsaufstellung angenommen ist, in Folge der reichlicheren Ernteerträge. Etwa 10 Millionen dieses Ausfalls werden eingebracht auf Mehreinnahmen von anderen Zollartikeln, auf die man rechnen kann. Die Vorauszahlungen an die Einzelstaaten würden also etwa um 16 600 000 M. hinter den Voraussetzungen des Etats zurückgeblieben, aber immer noch um 18½ Millionen Mark höher sein als im vorigen Jahre.

Nach diesen Erklärungen wird die Lage des Etatsentwurfs für 1887-88 vielleicht wieder überraschend erscheinen. Er bedingt unter Einrechnung eines um 11 059 000 M. gesteigerten Fehlbetrages aus dem Jahre 1885-86 eine Erhöhung der Matrikularbeiträge um 29 117 777 M., während den Bundesstaaten an Ueberschüssen 2 208 000 M. weniger überwiesen werden könnten. Die außerordentlichen Zuschüsse sind auf 72 891 791 M. berechnet. Bei Aufstellung des Etats ist in Frage gekommen, ob nicht noch ein größerer Theil der einmaligen Ausgaben der Heeresverwaltung auf die Anleihe zu verweisen sei. Indessen ist es richtiger erschienen, an den Grundfüßen früherer Jahre festzuhalten. Fortdauernd wird beim auswärtigen Amt eine Steigerung der Ausgaben um 384 955 M. eintreten; u. A. bedarf der Kommissionskostenfonds zu Gunsten der Entwidlung des überseeischen Handels einer Verstärkung. Für die deutschen Schutzgebiete sind erstmalig feste Befoldungen für die Beamten vorgesehn; für dieselben Gebiete fehlt bei den einmaligen Ausgaben ein Zuschußbeitrag an Verwaltungskosten wieder, wogegen die für die gleichen Zwecke im laufenden Jahre eingestellten Pauschsummen höheren Betrages wegfallen. Von den fortdauernden Ausgaben des Reichsamt des Innern treten in den Vordergrund die Verstärkung des Fonds zur Förderung der Hochseefischeret um 100 000, sowie 100 432 M. für die neu zu errichtende physikalisch-technische Reichsanstalt zur experimentellen Förderung der erakten Naturwissenschaften.

Bei dem Reichsheere ist mit Berücksichtigung der bayerischen Quote eine dauernde Mehreinnahme von 2 448 000 M. erforderlich. Daneben verursacht die Abnahme von Managements von Offizieren eine Mehrausgabe von mehr als 1 Million. An Brot und Fourage ergibt sich ein Mehreforderniß von 150 000 M. Im Uebrigen aber hat in Rücksicht auf die billigen Octoberpreise eine Minderausgabe von 8125 M. stattgefunden.

Die Marineverwaltung erfordert zur Erhaltung ihrer Einrichtungen und Verstärkung des Materials eine Mehrsumme von 1 237 007 M. Der allgemeine Pensionsfonds weist namentlich in Folge der neuen Pensionsgesetze ein Mehr von fast 2½ Millionen auf. Eingegriffen sind die 350 000 M. für allerhöchste Bewilligung behufs Verbesserung der Lage ausgeschiedener Offiziere, Aerzte, Beamten. Ebenso soll der Etat des Reichs-Schatzamt zu Gunsten der Kombattanten um 200 000 M. erhöht werden. Dem Anwachsen der Staatsschuld entsprechend, hat auch der Zinsfuß um 1 617 000 M. erhöht werden müssen. Der Restort des Reichsamt des Innern ist mit 17 080 000 und die Verwaltung des Reichsheeres mit 14 534 000 M. betheilig. Zum Bau eines Gebäudes für das Patentamt ist die erste Rate mit 200 000 M. eingest. Auch bei der Verwaltung des Reichsheeres vermindert sich der Mehrbetrag im ordentlichen Etat auf 8 333 000 M. Die im außerordentlichen Etat vorkommenden Ansätze lasten zu einem Betrage von 2 337 000 M. Bei der Reichs-Justizverwaltung sind 850 000 M. zur Einrichtung eines Dienstgebäudes ausgemessen. Bei den Einnahmen schließen die Zölle und Verbrauchssteuern mit einem Mehrbetrag von 471 330 M. Einseitlich der Zölle, Branntwein- und Tabaksteuer ist zu sagen, daß im Laufe des Monats Oktober keine höheren Einnahmen gegenüber dem Vorjahre, vielmehr Mindereinnahmen zu verzeichnen sind. (Hört! hört! links.)

Sie werden sich erinnern, daß im Bundesrath im September 1885 Bestimmungen getroffen wurden gegen Zollbehandlung der mit Mineralöl eingehenden Fässer. Diese Bestimmungen traten am 1. November 1885 in Kraft. Die Vereinfachung im Oktober 1885 hat sich auf 500 000 Doppelzentner gestellt mit einer Zolleinnahme von 8 000 000 M.

Der Ertrag der Stempelsteuer für Kauf- und Anschaffungsgegenstände hat um 4 398 000 M. geringer zum Ansat kommen müssen; einen Ausgleich von 1 377 000 M. gewährte ein Mehretrag aus der Verdoppelung der preussischen Staatslotterieloose.

Bei der Post- und Telegraphenverwaltung noch ein Mehr von 889 777 M., bei der Eisenbahnverwaltung ein Weniger von 1 150 800 M.

Wenn wir nun die Matrikularbeiträge und die Ueberweisungen an die Bundesstaaten gegenüberstellen, so sind bei den ersten in Abzug zu bringen die Äquivalente für die nicht allen Staaten gemeinsamen Einnahmen. Wenn wir so für die drei bisher behandelten Jahre Matrikularbeiträge und Ueberweisungen gegeneinander abwägen, so ergibt sich, daß für 1885/86 13 Millionen von den Bundesstaaten mehr zu empfangen als zu zahlen waren, daß für 1886/87 diese Mehraufzahlungen auf 15 400 000 M. zu schätzen sind und sich für 1887 auf den aller-

dings sehr bescheidenen Betrag von 686 000 M. reduzieren. (Bewegung links.) In mehrfachen Beziehungen ist der Etat von 1887/88 durch besondere Umstände ungünstig beeinflusst. Dahin gehört die Nothwendigkeit der Deckung des erheblichen Fehlbetrages aus dem Jahre 1885/86, die Thatsache, daß die Aufwendungen der Zuckersteuernovelle noch erst später voll eintreten werden, und der Umstand, daß der Ertrag der Stempelabgaben erheblich hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Nun werden aber noch erhebliche Mehreinnahmen eintreten, die bei der Etatsaufstellung noch nicht berücksichtigt werden konnten, Mehreinnahmen, bedingt durch die Entwürfe seitens des wichtigen und dringlichen Heeresgesetzes und des Sektaristengesetzes. Demgegenüber werden die Mehreinnahmen, welche sich aus der geplanten Einführung der Rentenversicherung für die Angehörigen der Militär- und Marineverwaltung erheben werden, ich sage, insofern erheben werden, als die Wittwen- und Waisenbeträge vorläufig in den ersten Jahren hinter den Beiträgen der betreffenden Funktionäre zurückbleiben werden. Mehreinnahmen, meine Herren, können nicht ausbleiben, wenn wir nicht auf die nothwendige Befestigung der Reichsinstitutionen verzichten wollen.

Ein Stillstand in dieser Beziehung ist nicht möglich und Mehreinnahmen bedingen auch finanzielle Opfer. Verschämisse in dieser Beziehung besiraft sich in der Zukunft, nicht bloß in der Gegenwart. Die Bundesregierungen haben deshalb ihrerseits nicht verzichtet können, die nöthigen Mehreinnahmen zur Geltung zu bringen, auch wenn sich die betriebligende Lösung der Deckungsfrage noch weiter verzögern sollte. Die Bundesregierungen sind nicht minder der Pflicht bewußt gewesen, wie die Thatsachen gezeigt haben, auch die Mittel zur Befriedigung der Mehreinnahmen an die Hand zu geben, und es ist angeht die heutigen Sachlage wohl die Frage berechtigt, wie würden sich die Finanzverhältnisse stellen, wenn nicht die früher von den Regierungen vorgelegten und wenn auch mit mehrseitigem Widerstreben zur Annahme gelangten Zölle und Steuern zur Hilfe gekommen wären. Es ist auch die weitere Frage berechtigt: um wie viel günstiger würden sich heute unsere Finanzverhältnisse stellen, wenn die eine oder andere der von den Regierungen in der günstigen Zeit eingebrachten Vorlagen zur Annahme gelangt wären? Angesichts nun aber der seitens des Reichstages in der letzten Zeit fort-dauernd angenommenen ablehnenden Haltung haben die Bundesregierungen zur Zeit davon absehen müssen, ihrerseits mit neuen Vorlagen vorzugehen und den Reichstag wiederholt um neue Steuerbewilligungen anzusuchen. Selbst die im vorigen Jahre wohl mehrfach kundgegebene Bereitwilligkeit auf eine Neuorganisation der Prämiensteuer einzugehen, hat praktische Resultate nicht erzielt.

Unter diesen Umständen ist den Regierungen nur übrig geblieben, den Versuch zu machen, die Schwierigkeit so zu lösen, daß die Mehreinnahmen festgesetzt werden, und zu erwarten, daß die für die Finanzwirtschaft, namentlich der Bundesstaaten, auf die Dauer nicht erträgliche Unzulänglichkeit der Einnahmequellen dem Lande und den Wählern die Nothwendigkeit eines Wandels zum Bewußtsein kommt. Meine Herren! Die Regierungen verkennen am wenigsten die Schwierigkeiten und die daraus erwachsende Nothlage; sie müssen aber dieser Nothlage entsprechend handeln und können nicht Resultate erzwingen, zu deren Erreichung sie die Zustimmung des Reichstages bedürfen. Möchte endlich die Auffassung aufgegeben werden, als ob die Bundesregierungen die neuen Mittel im wesentlichen für sich in Anspruch nehmen. (Seitens links.)

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß nicht die Regierungen bedürftig sind, sondern das Reich und die Bundesstaaten. (Sehr richtig rechts.) Wir dürfen zum Lande und zu Ihnen wendet wohl sagen: restua agitur und wir würden dieser restua gern die res nostra substituieren, wenn wir nur auf Entgegenkommen hätten rechnen können. Meine Herren, neue Steuern, die Jedem genehm sind und die keine vermeintlichen und keine wirklichen Belastigungen mit sich führen, lassen sich überhaupt nicht erfinden. Wenn wir aber in jedem Einzelfalle die Belastigungen in den Vordergrund stellen wollen, kommen wir überhaupt nicht weiter. Größer als der Druck, den diese oder jene Steuer üben kann, wird unter Umständen der Druck sein, welcher erwächst, wenn die nothwendigen Bedürfnisse des Reichs nicht befriedigt werden können. Meine Herren, wenn die nothwendige Nothlage die allseitige Ueberzeugung befestigt, daß mehr Bedürfnisse auch mehr Ueberdeckungen erfordern, so machen wir damit einen großen Fortschritt und können hoffen, daß bald die Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten eintrete. Was wir suchen, das ist eine sachliche, von Parteilichkeiten nicht beeinflusste, wohl aber von dem Bewußtsein der allgemeinen Verantwortlichkeit getragene Mitarbeit (Bravo! sehr gut! rechts), im Erfassen des nothwendig Gemeinsamen. Daß dann nicht noch genug Differenzen zum Kampfe übrig bleiben würden, glaube ich, brauchen wir nicht zu befürchten. (Beifall rechts.)

Abg. Rieckert: Ich hätte nicht vermuthet, daß der Herr Schatzsekretär, den wir heute zum ersten Male die Ehre haben unter uns zu sehen, seine Rede mit theoretischen Auseinandersetzungen säubere würde, für welche in diesem Hause kein Boden ist. Er sollte doch aus unseren früheren Verhandlungen wissen, daß es gar nicht nöthig ist, eine so kindliche Anschauung wie die, die Regierung verlange die Steuern für sich und nicht für das Land, zu widerlegen. Es kommt aber auf das Maß der Steuern an, und ob sie dem Wohle des Landes entsprechen oder nicht. Das einzig Erfreuliche, was uns der Herr Schatzsekretär mitgetheilt hat, war, daß die Regierung neuerdings einen Theil ihrer Silberverträge abgestoßen habe. Daß er sich dabei vermahrt hat, es sei dies geschehen unbeschadet der Stellung der Regierung zur Währungsfrage überhaupt, halte ich nur für eine kleine Verhüllung nach einer gewissen Seite hin. Die Maßregel war richtig, vernünftig und verdient alle Anerkennung. Im Uebrigen waren die Auseinandersetzungen des Herrn Schatzsekretärs schwül und niederdrückend: geringere Einnahmen, höhere Ausgaben, ein Defizit des laufenden Jahres von 25 Millionen und ich füge hinzu, was nicht unwesentlich ist, noch immer kein Reichsfinanzminister. Wirt denn der jetzige Schatzsekretär in irgend einer entscheidenden Weise bei dem ganzen Etat mit, ist er Derjenige, welcher den Verhältnissen des Landes den Etat anpaßt? Wir brauchen eben einen Finanzminister, wie ihn früher Preußen hatte und andere Staaten noch haben, um unsere Finanzen auf eine einheitliche, solide Basis zu stellen. 1879 forderte der damalige Finanzminister 164 Millionen neue Steuern, um die Klassen- und Einkommensteuer zu reformieren, die halbe Grund- und Gebäudesteuer den Kommunen zu überweisen und eine Ermäßigung der Gewerbesteuer herbeizuführen. Was ist aus diesem hochhündigen Programm geworden? Bei der Klassensteuer haben wir es nicht viel weiter gebracht, als bis zu dem mechanischen Abstrich der zwei untersten Stufen, von einer Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer und einer Reform der Gewerbesteuer ist keine Rede, ebensowenig von den übrigen Steuererleichterungen.

die man seit Jahren den Wählern versprochen. Offen gestanden habe ich es für einen Vorzug dieser schlechten Situation, doch endlich einmal das Gerede von Steuererleichterungen angeht dieses Etats verstimmen muß. (Widerpruch des preussischen Finanzministers.) Der preussische Finanzminister sagt: O ja. (Beifall rechts.) Na, was ist denn aus Ihren Versprechungen geworden? Noch im vorigen Jahre hat Herr von Malgahn hier das große Wort gelassen ausgesprochen: in den nächsten Jahren werden wir in der Lage sein, den Kommunen in Preußen die Mittel zuzuführen, die es ihnen ermöglichen, einen Theil der Kommunalsteuern zu erlassen. Eine solche Finanzpolitik zu proklamieren, ist eine Kleinigkeit; die Ausführung aber ist eine andere Sache. 1882 hob der Finanzminister mit Empörung die Erfolge der neuen Politik hervor, Preußen habe an das Reich nicht nur nichts zu zahlen, sondern empfangen beinahe 3 Mill. Er rühmt dies als einen noch gar nicht genug gewürdigten Erfolg. Wie steht es jetzt damit? Wir müssen wieder von vorn anfangen. Nun wird man endlich aufhören, schön zu färben und zugeben müssen, daß es sich seit 1879 nur um Vermehrung der Ausgaben und der Reichslasten aus den Taschen der Steuerzahler handelt. Es thut noth, daß wir klar übersehen können, welche Ausgaben dringender nötig sind. Für erwiesenermaßen nötige Ausgaben werden selbstverständlich die Mittel zur Deckung beschafft werden müssen. (Hört! hört! rechts; Zuruf.) Was haben denn Sie (rechts) bei dem Branntweinmonopol für Hilfe geleistet? Bei der Abstimmung blieben Einige noch im Saale, stimmten dagegen, die Anderen gingen zum Saale hinaus. (Weiterkeit links.) Und beim Tabakmonopol waren viele von Ihnen auch nicht zu haben. Der gegenwärtige Etat fordert zu ernstlichen Betrachtungen auf. Wir begegnen zunächst geringeren Einnahmen. Es ist sehr leicht, auf dem Papiere höhere Zölle und Steuern zu decretiren, aber schwer, diese Einnahmen wirklich zu bekommen. Sie können in Folge eines Fehlschlages in den Getreidezöllen im laufenden Jahre 16 Millionen weniger an die Einzelstaaten überweisen, als im Etat steht. Natürlich, höhere Getreidezölle sind nicht immer schon höhere Einnahmen. Ich will hier nicht auf die in der Presse erhörte Frage eingehen, ob eine Verminderung des Brotkonsums in Deutschland eingetreten sei. Aber es ist keine Frage, daß in den Getreidezöllen Schwankungen von 30 bis 50 Millionen sich ergeben können. Giebt der liebe Gott eine gute Ernte, so befragt sich der Herr Schatzsekretär über geringere Einnahmen. Der Getreidezoll wirkt erst dann, wenn wir eine schlechte Ernte haben. Dann wird das Reich um so besser gestellt, je schlechter die Verhältnisse im Lande werden. Schwankende Einnahmen, welche oft versagen, — das ist die Folge. Ein kleinerer Posten ist die Börsensteuer. Ich will nur wenig davon sprechen, denn ich weiß, daß Sie schon bei dem Namen Börsensteuer eine gewisse Beklemmung fühlen. (Widerpruch rechts, Weiterkeit.) Haben Sie wirklich noch Appetit? (Genick.) Wir haben nichts dagegen, aber wir haben Ihnen schon damals vorausgesagt, Sie würden selbst diesen bescheidenen Anschlag von 12 Millionen nicht erreichen. Konservative Zeitungen schoben das auf Defraudationen. Dies zeugt auf eine Unkenntnis der Sachlage. Ich habe darüber mit Sachverständigen gesprochen, die auch darüber ein Urtheil haben, trotz des preussischen Finanzministers, der mir eben widerspricht. Sie haben nichts Anderes erreicht, als daß Sie manches reelle Geschäft von der Arbitrage in die minder realen Bahnen der Speculation gedrängt haben. (Sicher kein Vortheil!) Mit besonderem Interesse habe ich mir den Postetat angesehen, und zwar mit Rücksicht auf die theilweise erhöhten Telegraphengebühren und die Konkurrenz der Stadtbriefbeförderung. Ich war gespannt, ob in diesem Etat eine Einwirkung beider Maßregeln zu ersehen sein möchte, und ich möchte fast annehmen, daß der Herr Staatssekretär diese Einwirkung zum Ausdruck gebracht hat. Weshalb beträgt der Ueberschuß des laufenden Jahres nur 998 000 M. gegen das vorige Jahr, während er im vorübergehenden 1 600 000 M. höher war als im vergangenen? Jedenfalls ist dieser Postetat in seinen Haupteinnahmeposten kein Zeichen einer Zuversicht zu einer Gesundung unseres Verkehrslebens. Angesichts dieser Mindereinnahmen sollte man in den Ausgaben die allergrößte Beschränkung erwarten. Der Herr Schatzsekretär meint, die von dem Kriegsminister wiederholten Forderungen seien dringliche. Na, die Begriffe über das, was dringlich ist oder nicht, sind sehr verschieden. Es wird wohl möglich sein, aus dem Etat Posten, die wünschenswerth sein mögen, von denen, die dringlich sind, zu sondern. Die Budgetkommission wird in diesem Jahre dabei ein gut Stück Arbeit machen können. Ein hervorragendes Interesse hat diesmal der Marineetat, der 4 Millionen mehr für Militärpersonal verlangt, sehr anerkennenswerther Weise 100 000 M. weniger für die Indienststellung, obgleich fünf Monate mehr bei der Aufstellung der Indiensthaltungstabelle angelegt sind. Es ist das zu akzeptiren als ein vorläufiges Anerkenntnis, daß die Sache in dem Maßstabe, wie sie in Veranlassung der Kolonialpolitik 1885/86 getrieben wurde, nicht weiter zu führen ist. Der bedenklichste Punkt ist das, was in der Denkschrift steht. Während man uns 1884 sagte, in den nächsten 3 bis 4 Jahren werden wir keine Schiffe mehr von Ihnen verlangen, hat man später Kreuzer von uns verlangt. Einen Kreuzer haben wir gestrichen. Die Forderung tritt in diesem Jahre wieder auf und dazu die ganz neue Forderung eines Panzerkanonenbootes. Ob die Panzerkanonenboote notwendig seien im Interesse der Vertheidigung oder der Dienstkraft, habe ich aus der Denkschrift nicht ersehen können. Es herrschte früher eine sehr große Begeisterung für diese Fahrzeuge. Heute scheint ja das große Panzerschiff ein überwundener Standpunkt zu sein, die Marinewerwaltung hat wenigstens für Deutschland den Neubau von großen Panzerschiffen nicht mehr in Aussicht genommen. Es ist kein Zweifel, was der Vertheidigung unserer Küsten nothwendig ist, das wird und muß bewilligt werden. Aber auf weitergehende Perspektiven, etwa eine Dienstflotte zu schaffen, können wir nicht eingehen. Der Militäretat hat im Extraordinarium eine starke Vermehrung um 14 Millionen Mark. Die im Vorjahre abgelehnten Forderungen sind wieder eingebracht. Ich glaube nicht, daß diese Taktik eine richtige ist. Es wird dem Herrn Kriegsminister nicht gelingen, wenn er nicht ganz besondere Gründe, die wir bisher nicht gekannt haben, beibringt, die Budgetkommission zur Bewilligung dessen zu bewegen, was sie damals abgelehnt hat. Denn die Finanzlage ist wieder schlechter geworden. Budgetrechtlich ist besonders die provisorische Einrichtung einer dritten Landwehrinspektion in Berlin von Bedeutung. Wenn uns nicht näherer Aufschluß gegeben wird, so bin ich der Meinung, daß hier eine Verlegung unseres Bewilligungsrechtes vorliegt, denn der Kriegsminister ist nicht berechtigt, gegen einen ausdrücklichen Beschluß des Reichstages eine auch nur provisorische Einrichtung aus Dispositionsfonds zu treffen. Dazu sind die Dispositionsfonds nicht da. Nach der Thronrede soll die Unfallversicherung zum Abschluß gebracht werden. Vor drei Jahren wurden wir zur Berathung zweier Etats in einem Jahre gezwungen — der Zwang wurde in der feierlichen Form einer kaiserlichen Botschaft geübt — damit in der nächsten Session die Alters- und Invaliden-Versorgungsgesetzgebung gemacht werden könnte. Die Anschauungen darüber haben gewechselt; jetzt heißt es, wir haben dazu kein Geld. Also auch hier wieder Wahlprogramm. Die Invalidenversicherung wird als Zugmittel benutzt, obwohl das Patrimonium der Enterten seiner Zeit seine Dienste nicht gethan hat. Besser wäre es, nach dieser Richtung Abstand von weiteren Schritten zu nehmen. Herr v. Bennigsen hat sich auf dieses vage Gebiet nicht einlassen wollen, und selbst Dehlerhäuser will Reichsgelder dafür nicht bewilligen. Ist die „Kreuzzeitung“ mit ihrer Nachricht im Recht, daß das Gesetz bereits fertig sei, so bitte ich um baldige Veröffentlichung des Textes, damit unser Vornehm auf diese Lösung der sozialen

Frage, wie Sie sie angestrebt haben, befriedigt werde. Wir haben keine Ahnung, wie und mit welchen Mitteln es gemacht werden soll. Wieviel Geld braucht der Herr Staatssekretär dazu? (Ruf vom Bundesrathstisch: Eine ganze Menge!) Ja, das glaube ich, aber wer wird diese hunderte von Millionen bezahlen? Natürlich die Arbeiter. Es wird Ihnen nicht gelingen, auf sozialpolitischem Gebiete Ideen mit Polizeimaßregeln niederzuschlagen, die Arbeiter zu verschöhnen, wenn Sie das Koalitionsrecht beeinträchtigen. Ganz unklar ist der Passus über die Gewerbesteuer. Steht nicht auch hier ein Stückchen Reaction dahinter? Eine Sehnsucht nach Zwangsinnungen? Hier muß der Reichstag Klarheit schaffen. Der letzte Punkt der Thronrede ist die Steuerpolitik, die nunmehr an die Wähler gebracht werden soll. „Nur einmal eine andere Reichstagsmajorität“, sagt ein mittelparteiliches Blatt, „dann wollen wir schon freie Bahn schaffen!“ Ja, eine Majorität, die nicht von Richter und Windthorst kommandirt wird, sondern in Herrn v. Köller ihren Führer findet. Ja, dann würden Sie, glaube ich, gut umspringen mit gewissen Dingen, die uns am Herzen liegen. Aber die Wähler stehen ja noch dazwischen. Und wie schön klingt der wundervolle Euphemismus: „Anderweitige Vertheilung der Lasten“, während es sich um ungemessene Vermehrung handelt! Wie hat man uns übel genommen, als wir fragten, wozu das Geld verwendet werden solle. Der Finanzminister, so hieß es, habe ja schon gesagt, es handle sich nur um eine Steuerentlastung. Ja, was für eine Steuerentlastung! Herr v. Huene wird es wissen. Die Ueberweisungspolitik schützt Sie nicht; Sie können zehn leges Huene machen, es hilft Ihnen nichts. Was haben wir in der Kommission erfahren? 50 Millionen nimmt das Reich vorweg, und wenn Sie jetzt die höhere Militärrolle und die Marineforderungen bewilligen, so bekommen Sie von Reichswegen noch ein paar Duzend Millionen dazu. Dann gebrauchen Sie wieder eine größere Summe, um das Loch in Preußen zuzustopfen. Sie haben also 150 Millionen nötig, ohne daß nur ein Steuerzahler eine Erleichterung erhält. Der Finanzminister hat mit seinen Steuererforderungen wenig Glück gehabt; die eine wurde gegen 3 Stimmen, die andere einstimmig abgelehnt. Der Finanzminister war aber in der Kommission sehr befriedigt mit dem Resultate. Er sagte, es hätte sich doch wenigstens ein Consensus omnium — die Sozialdemokraten und Fortschrittler ausgenommen — herausgebildet. Herr Schweinburg aber meinte es ganz anders. Im Sommer eröffnete er plötzlich der Welt: die Regierung beabsichtige, diesem Reichstage keine weitere Vorlage zu machen, in dem ausschlaggebend die Parteien seien, die ihre Aufgabe lediglich in der Unterminirung des Reiches sähen und nicht davor zurückzureden, mit den Polen gemeinsame Sache gegen die handgreiflichen Interessen des Reiches zu machen. Es sei nothwendig, an die Stelle des jetzigen Konglomerats von Welsen, Franzosen, Sozialdemokraten, Polen und Polengenossen eine willkürliche Volkvertretung zu setzen. Herr v. Scholz hat uns einmal auseinandergesetzt, daß es ihm Vergnügen mache, sich mit diesem ausgezeichneten Journalisten in provinziälem Verkehr zu unterhalten. Ich glaube aber, der Herr Finanzminister sollte sich doch hüten, in diesen agitatorischen Ton zu verfallen. Die „Provinzial-Korrespondenz“ hat auch einmal diese Art gehabt, und Herr v. Bennigsen hat das damals mit Entrüstung zurückgewiesen, als eine Methode, welche unser öffentliches Leben vergifte. Was soll das Ausland sagen, wenn in inspirirten Organen derartige Anklagen stehen. Und wie ist denn die Mehrheit, hat denn die konservative Partei die Branntweinsteuer gewollt? Herr v. Malgahn verkündete: wir sind bereit zu einer Steuerreform, aber unter der Bedingung, daß die Landwirthschaft nicht darunter leidet. So geht es auch beim Jucker, aber die Zuckerindustrie darf nicht leiden und die Landwirthschaft. Jeder will, daß der andere für ihn zahle! Wer aber ist dieser andere? Der Konsum löst sich nicht dehnen, wenn man ihn nicht rationell steuerpolitisch behandelt. Es handelt sich daher nur um Ausgabenerhöhungen. Ich würde Ihnen vorschlagen, Herr Finanzminister, sich den Mann kommen zu lassen, der da meint, man brauche sich nur zu bücken, um Steuern zu erheben, die 5—600 Millionen tragen. Nehmen Sie ihn in Ihr Ministerium auf, vielleicht treten Sie dann später zu seinen Gunsten zurück. Die Vergleiche mit anderen Ländern können uns nicht helfen. In Deutschland schätzt man das mobile Vermögen auf 14 Milliarden, in Frankreich auf 70—80. Es ist richtig, Rußland, Frankreich, Oesterreich vermehren ihre Ausgaben, sie rüsten immer weiter. Aber wie lange werden auch die reichsten Länder es aushalten? Welches Schauspiel gewährt schon jetzt die Stabsberathung in Frankreich? Die Verlegenheiten müssen in einem Lande, das, wie der Abg. Gervain nachgewiesen hat, allein durch seine Jahresdefizits seit 1878 6 Milliarden Schulden gemacht hat, trotz seines Reichthums von Jahr zu Jahr zunehmen. Das hat sich schon jetzt schlagend gezeigt, und daher verkünden auch Finanzpolitiker wie Leroy-Beaulieu: es giebt kein anderes Mittel, als Ablehnung aller neuen Steuern und Beschränkung der Ausgaben. Europa sollte mehr als bisher an die Zukunft denken. Jenseits des Ozeans ist ein mächtig aufstrebender Konkurrent entstanden. Amerika hat seit 1865 seine Staatsschuld von 2 1/2 Milliarden auf über die Hälfte verringert, und man weiß dort sehr gut, welche Vortheile man Europa gegenüber durch seine Finanzpolitik hat. Die europäischen Staaten sollten bedenken, daß dieses Ueberbieten in Leistungen, die Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt Europa gegenüber herabdrücken muß. Vor Allem aber ist es traurig, daß zwei Staaten, die in der alten Kulturwelt eine solche Rolle spielen, wie Frankreich und Deutschland, deren Beruf es wäre, in dem freundschaftlichen Wettstreit in dem Werke des Friedens voranzugehen, zu keinem Vertrauensverhältnis gelangen können. Nebenall hat man die Bestimmungen, welche beim Empfang des neuen Votschalters bei unserem Kaiser ausgetauscht wurden, mit lebhafter Genauigkeit beprüft. In Deutschland besteht weder bei der Regierung noch bei dem Volk Haß, Neid oder Abneigung gegen Frankreich, wir haben alle den sehnlichen Wunsch, daß es für die Dauer gelingen werde, ein freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden Nationen herzustellen. Erreichen werden wir dies um so eher, je mehr man sich in Frankreich davon überzeugt, daß auch in Deutschland, was die Parteien sonst trennen sollte, welche verschiedene Meinungen sie auch in Militärsachen selbst haben mögen, sie alle darin einig sind: Deutschland müsse unter allen Umständen seinen Bestand und Stellung behaupten. Es wird mit dem letzten Mann und dem letzten Thaler diesen Bestand zu vertheidigen wissen (Bravo). Gewinnt diese Ueberzeugung Boden, dann werden auch, was wir lebhaft wünschen, die Bestrebungen derjenigen Franzosen — und es giebt deren schon viele, besonders unter den Arbeitern — Beachtung finden, welche eine freundschaftliche Beziehung zu Deutschland wollen. In diesen Tagen reproduzirte eine konservative Zeitung die Worte des Fürsten Bismarck, daß die starken Fundamente, auf denen Deutschland ruhen soll, seien: ein starkes Heer, gute Finanzen und Zufriedenheit des Volkes. Ein starkes Heer haben wir und wir werden es in Zukunft haben. Gute Finanzen — wir könnten sie auch heute haben, wenn die altbewährten finanz- und steuerpolitischen Grundsätze wieder aufgenommen würden. Zufriedenheit im Volk? In einer Lage, in welcher die größten Ansprüche an die Opferwilligkeit des Volkes gemacht werden, in dem größten Theil von Deutschland ein Polizei- und Parteinregiment, so trak- und rücksichtslos in seinen Konsequenzen, wie es nicht ansgebildeter in den Zeiten des Konflicts war, Ueberwucherung von Klassenbestrebungen und Sondervortheilen in der Steuerpolitik, ist der aristokratische Satz: noblesse oblige verschwunden. In einer Zeit, in welcher die großen Massen in lebhaftem Drange streben,

ihre soziale und materielle Stellung zu verbessern schneller, als die unumstößlichen wirtschaftliche Gesetze es möglich machen — nichts als Polizeikampf gegen Ideen. Mit solchen Mitteln werden Sie die Bewegung nicht niederzuschlagen, sondern sie in das Geheimniß drängen und gefählicher machen. Statt einer verbindenden Politik verbittert man und hebt diejenigen aneinander, deren Beruf es wäre, gemeinsam auf diesem Gebiet zu arbeiten, ächtet man die Meinungen prinzipientreuer, auf dem Boden der Verfassung nach ihrer Uebersetzung dem Vaterlande und der Monarchie dienender Männer. Man will dem freisinnigen Bürgerthum die ihnen gebührende Stellung nicht einräumen. Es wird ihnen aber nicht gelingen, Sie mögen mit Aufbietung aller ministeriellen und bürokratischen Allmacht die Einzelnen zurückstrecken, Sie mögen die Anderen durch Vortheile gewinnen: es wird Ihnen nichts helfen; das freisinnige Bürgerthum wird die Stellung sich erobern, die ihm im öffentlichen Leben zukommt, und läme der Tag, wo es einem Staatsmann gelänge, diese Kräfte niederzubeugen, statt sie zu beleben, so würde sehr bald ein anderer Tag darauf folgen, an dem er Gott danken würde, wenn es ihm gelänge, die Kräfte, die er niederbeugt hat und zerrütten wollte, wieder zu neuem Leben zu erwecken. Denn nur mit Hilfe des freisinnigen Bürgerthums werden Sie die Monarchie fest und feier stützen und Institutionen schaffen, welche eine gedeihliche Zukunft Deutschlands garantiren. (Lebhafter Beifall links.) Staatssekretär im Reichspostamt v. Stephan: Nur mit wenigen Worten wollte ich einige Aufklärungen geben über die mein Ressort betreffenden Punkte, die der Herr Vorredner berührt hat; nach dem hohen Flug und der dramatischen Beweiskraft, die die Diskussion angenommen hat (Weiterkeit rechts), wird vielleicht eine kurze, abführende, geschäftsmäßige Unterbrechung nicht ganz unangebracht sein. Der Einnahmefuß aus dem Post- und Telegraphieverkehr hängt mit Tarifänderungen oder irgend welchen — übrigens finanziell ganz bedeutungslosen — Konkurrenz nicht zusammen, sondern er ist das Resultat des dreijährigen Durchschnitts. Die Steigerung betrug 1883 84 5,8 pCt., 1884 85 5,44 pCt., 1885 86 nur 3,21 pCt. Was sodann den Telegraphentarif betrifft, so hat auch der verehrte Abgeordnete Ricker von einer Erhöhung gesprochen und diese mit gewissen freihändlerischen oder antireihändlerischen Tendenzen in Verbindung gebracht. Das Eine ist so wenig als das Andere der Fall; ich bin aber erfreut, hier ausdrücklich die besonders durch die Presse weiter verbreitete Meinung von einer Erhöhung widerlegen zu können. Bei der Feststellung eines Einheitstarifs für Telegramme ging man auf der vorjährigen Telegraphenkonferenz davon aus, daß die Grundtaxe neben der Worttaxe die Tarirung komplizirte, auch für eine Reihe von Staaten nicht paßte; die Grundtaxe kam in Wegfall. Ein Wegfall der Grundtaxe ohne Erhöhung hätte für uns einen Ausfall von 300 000 M. jährlich ergeben, und das war bei der Finanzlage des Reichs nicht zu veranworten. Der Satz von 6 statt 5 Pfennigen für das Wort bedeutet auch keineswegs eine Erhöhung. Ich habe aus allen einzeln vorgekommenen Telegrammen eine Statistik aus 3 Monaten aufstellen lassen; daraus ergibt sich: theurer sind geworden die Telegramme von 1—7 Worten, 12 pCt. der Gesamtzahl, die von 21—25 Worten, 3,77 pCt.; gleich geblieben die Telegramme von 8 Worten, 8,73 pCt., ferner die von 16—20 Worten 8,71 pCt.; billiger sind geworden alle Telegramme zwischen 9 und 15 Worten, 62,12 pCt. der Gesamtzahl. Also bei der weit überwiegenden Mehrzahl ist eine Ermäßigung, nur bei 37 pCt. eine Erhöhung eingetreten. Für einen Monat des Berliner Telegraphenverkehrs sind im Ganzen 7 M. mehr eingekommen, im nächsten werden es vielleicht 7 M. weniger sein. Wenn ein Unterschied besteht, so fällt er eher zu Gunsten als zum Nachtheil des Worttarifs aus; außerdem hat der Sechsfachpreis für internationale Zwecke einen ganz bestimmten Vortheil. Private Stadtbriefbeförderungsanstalten haben schon oft existirt, sind aber immer wieder nach kurzem Bestehen von der Fläche verschwunden, theils aus finanziellen Gründen, theils weil die Leistungen dieser Anstalten in keiner Weise genügten. Es war ein verhängnißvoller Jertzum, zu glauben, es sei ganz leicht, eine solche Anstalt herzustellen. Dazu gehört eine umfassende Organisation, großes Betriebskapital, jahrhundertelange Traditionen, ein geschultes Personal, eine gesicherte Kontrolle, Gebäude, Ausstattungsgegenstände, ein großer Fuhrpark, Ablehnung an alle übrigen Staatsanstalten, Schutz durch die Staatsgesetze und die Behörden, kurz eine sehr weitverzweigte und gegliederte Organisation. Die Begründer machen gewöhnlich die Sache so, daß sie hundert Leute nehmen, in eine Blase stecken und dann laufen lassen (Weiterkeit rechts), das ist gerade so, als wenn ich 150 Mann nähme, jedem ein Gewehr gäbe und sagte: „So nun ist die Kompagnie fertig!“ (Weiterkeit rechts.) Daran sind die früheren Privatposten zu Grunde gegangen, und die bestehenden sind im besten Zuge, ihnen nachzufolgen, weil das Publikum ihnen alles Vertrauen entzogen hat. Noch heute habe ich eine gedruckte, also wohl in zahlreichen Exemplaren verbreitete Karte aus Seltin gesehen, worin sich der Absender alle Zusendungen durch solche Privatposten verbittet. Der andere Jertzum ist, daß sie glauben, mit einem billigen Tarif auskommen zu können. Ja, ein schlechter Postdienst läßt sich billiger herstellen, ein guter Postdienst nicht. (Hört! hört! rechts.) Darin liegt der Schwerpunkt: Billig und schlecht! Ein schlechter Postdienst ist überhaupt kein Postdienst, es giebt nur einen guten Postdienst, ein mittelmäßiger oder schlechter ist überhaupt nicht existenzberechtigt. Mit billigeren Tarifen ist also nicht auszukommen. Ob eine Ermäßigung des Stadtpostportos in Berlin später möglich sein wird, bleibt dahingestellt, für jetzt ist es nicht möglich, auch in anderen Großstädten ist das Porto so hoch und höher wie hier; in Paris 15 Centimes, in London 1 Penny. Der Ausfall, den ich bei der ungenügenden, als solche ja gerade heute besonders betonten, Finanzlage auch berechnet habe, beträgt für Berlin allein 1 1/2 Millionen Mark. Eine Vermehrung der Briefzahl würde nicht eintreten. Außerdem müssen bei solcher Betriebsvermehrung wie der der Privatposten die Kosten stetig wachsen; wenn die Massenversendungen anströmen, dann kommt die Schwierigkeit der Organisation zu Tage; ebenso werden durch den Schnellbetrieb Material und Personal ganz außerordentlich abgenutzt. Jedenfalls hat die Post von dieser Konkurrenz nichts zu fürchten; ich habe mich sogar ablehnend gegen eine etwaige Aenderung des Postgesetzes ausgesprochen. Die Postverwaltung bedarf des Schutzes durch Ausdehnung des Monopols in keiner Weise. (Lebhafter Beifall rechts.) Finanzminister v. Scholz: Nach dem, was Herr Ricker hier als erster Redner in der Budgetdebatte geäußert hat, würde ich großen Mißverständnissen ausgesetzt sein, wenn ich nicht alsbald auf die Einzelheiten seiner Rede und das von ihm entworfenen Gesamtbild unserer finanzpolitischen Lage mich äußern würde. Er hat zunächst Protest dagegen erhoben, als ob von irgend Jemand die kindliche Meinung vertreten würde, daß die verbündeten Regierungen Steuern für sich verlangten. Ich gebe zu, daß es so sein sollte, aber wenn Sie die Ausführungen Ihres Parteigenossen Ricker bei früheren Gelegenheiten sich vergegenwärtigen, der der Regierung wiederholt, was Verfahren oder Blutschmäherei vorgezogen, und vergleichen, was den gut gläubigen Menschen in der Presse heuchelhaft vorgetragen wird, so werden Sie zugeben, daß eine solche Erinnerung wohl am Platze war. (Anruhe links.) Dann sagte Herr Ricker, daß das Reich trotz der geforderten Ausstattung eines wirklichen Finanzministers nicht bekommen habe. So viele danken, so viele unzulängliche und irrihmliche Gedanken! Nach Herrn Ricker bekundet der vorliegende Etat an vielen Stellen eine ungesunde Finanzpolitik. Zunächst hat er in Bezug auf die Zuckersteuer eine Philippika gegen mich losgelassen. Aber warum heute? Warum nicht bei der Berathung der Zuckersteuernovelle? (Abg. Richter: Damals

hat Abg. Barth dasselbe vorgetragen! Man soll dem Volke die Sache nicht so darstellen, als hätte die Reichsregierung sich zu diesem bishigen Reform drängen lassen. Haben Sie (links) nicht von dem Vorschlag der Regierung noch etwas abgefragt? Ist es nicht erst beim zweiten Anlaufe gelungen, eine Minderheit von 170 M. zu erlangen, während die Regierung 180 M. gefordert hatte? (Zuruf: Exportprämie!) Versuchen Sie es doch, Herr Ricker, bringen Sie doch heute eine Novelle ein, welche 65 Millionen Mark aus der Zuckersteuer bringt, und gewinnen Sie eine Mehrheit dafür. Wenn das nicht geschieht, dann bleibt nichts als die beschiedene subjektive Meinung des Herrn Ricker übrig. Herr Ricker freut sich, daß die Regierung, Finanzminister zu spielen, kleiner geworden zu sein scheint; nur dem Finanzminister gebühre die Initiative. Freilich müßte er andere Vorlagen machen, als die bisherigen. Auf meine Frage: Welche anderen? hat er keine Antwort gegeben. Die Regierung will ja keineswegs die Initiative der Steuererhebung dem Reichstage zuschieben, aber sie kann doch verlangen, zu erfahren, welche Vorlagen irgend welche Chancen haben könnten. Meinen Zwischenruf wollte Herr Ricker nicht verstehen; er hat mir ja im Landtag oft genug gesagt, er wüßte ein Mittel, die Finanzlage in Preußen zu reformieren, aber er würde sich hüten, es mir zu sagen. (Zuruf Rickers: Wozu sind Sie denn Finanzminister?) Dann hat er von dem niedrigen Effect der Getreidezölle gesprochen; er glaubte vielleicht, uns hier auf eine unangenehme, unerwartete Wirkung derselben aufmerksam machen zu müssen. Wenn sich Jemand über den geringen Effect gefreut hat, so bin ich es gewesen und die verbündeten Regierungen. Die Getreidezölle sollen es verhindern, daß den deutschen Landwirthen der deutsche Markt entzogen werde. Wenn die Getreidezölle also nicht reichere Erträge geben, dann mag man bedauern, daß die Preise nach der lex Huene weniger erhalten, aber der Staatsschatz erwächst daraus zunächst kein Nachtheil. Wenn die Erträge immer so niedrig bleiben, wird sich die Regierung stets freuen, weil sie die Ueberzeugung hat, daß die Landwirtschaft bei gehörigem Schutze den Bedarf des Landes selbst produziren kann. Er hat dann die Börsensteuer als einen weiteren Beweis ungesunder Finanzpolitik hingestellt. Allerdings hat dieser Vorschlag die allseitigen Erwartungen nicht gerechtfertigt. Aber die Vorwürfe gegen die Regierung sind dar in doch nicht gerechtfertigt. Diese hatte ursprünglich eine andere, eine Geschäftssteuer vorlag gemacht. Mit Recht wird die Schuld an dem geringen Ertrage der Steuer den Defraudanten zugeschrieben (hört, hört! rechts), weil die Sicherheitsmaßregeln der Geschäftssteuer verworfen sind mit dem bekannten Optimismus, der in jedem Steuerpflichtigen einen ehrlichen Menschen sieht. Wenn die horrible Geschäftssteuer mit ihren horriblen Kontrollen eingeführt wäre, so würden uns diese Erfahrungen erspart geblieben sein. Auch ich bin der Meinung, daß es traurig ist, wenn die Parteien in der Presse sich so kränkende Vorwürfe machen, wie die es sind, gegen welche Herr Ricker sich und seine Partei in Schutz genommen hat. Aber wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen schmeißen. Wenn man sich vergegenwärtigt, was für unerhörte Dinge der Regierung seit Jahren vorgeworfen werden, (Abg. Ricker: Wo denn?) — ich werde Ihnen eine Blüthenlese davon nächstens mitbringen, ich nenne jetzt nur das „Reichsblatt“ — so erklärt sich, daß nun auch von anderer Seite Vorwürfe kommen, über welche dann plötzlich das Lied der Trauer und Verstimmung erklingt. Ich sage es noch einmal: Sie messen mit zweierlei Maß! Sagte nicht erst heute noch Herr Ricker: „Wir betteln nicht um Lotteriekollekten, die Sie Ihren Pressepolitikern gewähren mögen“. Das ist sehr vorsichtig, aber gegenüber solchen Insinuationen verlangen Sie noch, daß Ihnen überall in der unabhängigen und wenig von Rücksichten gebundenen Presse die Achtung gesollt wird, welche Sie andern verweigern. Herr Ricker führte dann an, der Finanzminister habe sich bei den Verhandlungen über die Branntweinsteuer sehr befriedigt geäußert. Aber was soll man sich denken, wenn er nun fortfährt: „Aber Herr Schweinburg dachte anders.“ Der Finanzminister wiederholt nun seine früheren Erklärungen über seine „Beziehungen“ zu Herrn Schweinburg. Er empfangt denselben, wie er auch die Redakteure anderer Blätter empfangt und wie er auch den Redakteur und die Patrone des „Reichsblatt“ empfangen werde. Ihn für alles das verantwortlich zu machen, was nun in diesen Zeitungen geschrieben werde, das müsse er weit von sich abweisen. Wenn an mir Alles hängen bleiben sollte, was darin steht, so müßte ich mich ja geniren, mit Herrn Ricker einen Händedruck zu wechseln oder ein Wort auszutauschen, da ja dann unter Umständen Alles, was Herr Ricker sagt, als meine Meinung aufgefaßt werden würde. (Große Heiterkeit rechts.) Wer die Sache so auffaßt, der kennt wahrscheinlich nur den slavischen Gehorsam... (Heiterkeit rechts.) Die allgemeine Schlussbetrachtung des Abg. Ricker kam dann darauf hinaus: Ein starkes Heer haben wir und werden es haben; gute Finanzen können wir haben, Zufriedenheit im Innern unter dem System Puttkamer natürlich unmöglich. Ich glaube, wir haben diese Form der Schlussbetrachtung von Abg. Ricker schon einmal gehört. (Widerstreich des Abg. Ricker.) Mit dem ersten Punkt hat er doch wohl nicht sich in die Negative zur Heeresfolge setzen wollen, denn das würde doch mit seiner ganzen bisherigen Stellung zu diesen Fragen schlecht harmonisiren. Bei dem zweiten Punkte, der guten Finanzen, habe ich ganz und gar nicht ironisch dazwischen gerufen: wir könnten sie haben, Sie brauchen nur zu wollen (Unterbrechung links), wir brauchen uns nur zu verständigen. Aber ich muß immer wieder auch darauf zurückkommen: wir haben keinen Groschen ausgegeben, welcher nicht vom Reichstage bewilligt wäre, viele sind auf Ihre Anregung verausgabt worden. Aber abgesehen von der Verzagenheit: man revidire doch einmal das Budget und streiche alle Posten heraus, die auf Grund der Mehreinnahmen durch neue Steuern mehr verausgabt worden sind, den Abgeordneten möchte ich sehen, der mit solchem verstimmlen Budget vor seine Wähler zu treten magte! (Zustimmung rechts.) Versprechungen haben die verbündeten Regierungen überhaupt nicht gegeben, sondern bloß Programme. (Lachen links.) Ein Völl, welches, wie das deutsche, zwei Milliarden für Tabak, Bier und Branntwein ausgiebt, welches in den größten Bundesstaaten eigentlich ohne Staatsschulden besteht — die Schulden Preußens sind zum größten Theile Eisenbahnschulden, denen ein Eigentum werthvollster Art gegenübersteht —, welches an Gewerbesteuer, Gelehrigkeit und Gelehrsamkeit, möchte ich sagen, an der Spitze der europäischen Staaten steht, sollte geringere Leistungen für seine Sicherheit aufzubringen im Stande sein, als alle seine Nachbarstaaten? Wer das vom deutschen Volke behauptet, sagt die Unwahrheit. Ich halte das ganze Programm, welches ich im preussischen Abgeordnetenbause entwickelt habe, aufrecht. Es sind alle die Aufgaben im Reiche und in Preußen beinahe allein mit dem Ertrage des Branntweinmonopols zu erfüllen. (Auf: Tabak!) Der Tabak wird später noch dazu kommen. (Heiterkeit.) Es ist eben bedauerlich, wenn gegenüber dem Dissens, zu dem Sie ja vollkommen berechtigt sind, und der Sterilität, die daraus folgt, ein Theil des Reichstages, und zwar gerade der, der am meisten in der Negation sich befunden hat, immer auf den anderen zukommt und sagt: Du hast Deine Versprechungen nicht erfüllt! Das kommt ihm nicht zu. Ich kann die Devise für Ihr Verhalten nicht besser charakterisiren als mit den Worten: Das Unzulängliche, hier ward's Ereigniß, hier im Reichstag! (Widerstreich rechts.)

Abg. v. Benda: Das Mißverhältniß zwischen Einnahmen und Ausgaben in dem vorliegenden Etat wurzelt unbefreitbar in alten Fehlern. Schon in früheren Jahren ist dies mit Be-

zug auf die Rübensteuer von meinen politischen Freunden hier ausgesprochen worden. Der rapide Verfall dieser Steuer wurde freilich nicht vorausgesehen. Mit dem Abgeordneten Ricker bin ich darin einverstanden, daß die Stärke des Reiches nicht bloß auf seiner Wehrkraft beruht, sondern auch auf guten Finanzen. Das triibe Bild, das ich aus dem Studium des Etats schon gewonnen, ist aber durch den Vortrag vom Bundesrathstische noch verschlimmert worden. Ein günstigeres Verhältniß zwischen Einnahmen und Ausgaben wird sich auch in der Kommission nicht erreichen lassen; es mag an den Ausgaben manches gestrichen, etwas den Einnahmen zugelegt werden, an dem Gesamtergebnisse wird die Budgetkommission nichts ändern können, und dieses heißt: Erhöhung der Matricularbeiträge um 29 Millionen, und Erhöhung der Anleihe auf 62 Millionen. Wir werden also aus den jetzigen Einnahmequellen nicht im Stande sein, in den Finanzen des preussischen Staates durch Ueberweisungen aus den Reichseinnahmen ein geordnetes Verhältniß herzustellen. Dazu wünschen wir in Preußen seit Jahren: Erleichterung der Kommunen, Befreiung von der Schullast; und vor allem mußten wir bisher, was von den Herren, die in der Mitte der Finanzverwaltung sitzen, mitunter nicht genügend beachtet wird, auf Amortisation der Eisenbahnschuld verzichten, welche wir doch nur in der Voraussetzung genehmigt haben, daß ein bestimmter Prozentsatz davon im Interesse der Sicherheit der Zukunft im Etat amortisirt wird. Meine politischen Freunde und ich, wir sind der Meinung, daß diese Wirtschaft des Schuldenmachens ein Uebel ist, das auf die Dauer nicht zu ertragen ist. Wir bieten deshalb die Hand, sobald sie uns geboten wird, um aus diesem Zustand herauszukommen. Wir haben dies gezeigt, als die Branntweinsteuer den Reichstag beschäftigte. Nach unseren Vorschlägen wären daraus 60—70 Millionen gewonnen worden, während die Regierung 120 Millionen verlangte. Die von uns vorgeschlagene Summe hätte aber genügt, um die im Reiche und in den Einzelstaaten vorhandenen Bedürfnisse in ausgiebiger Weise zu befriedigen. Man hätte deshalb nicht Phantasielösungen und idealen Steuerprojekten nachgeben sollen. Meine politischen Freunde bedauern deshalb auch lebhaft — und wir scheuen den Vorwurf, der uns hieraus gemacht werden wird, nicht — daß die Regierungen es nicht für angezeigt gehalten haben, diesem Reichstage neue Steuern vorzuschlagen. Die überwiegende Mehrheit der Branntweinsteuerkommission ist ja auch im vorigen Jahre der Meinung gewesen, daß der Branntwein ein geeignetes Steuerobjekt sei; die Einen wollten freilich nur 25 Pf., die Anderen 60 Pf. pro Liter bewilligen. Darüber wäre eine Einigung unter den Parteien indessen möglich gewesen; aber die Regierungen waren mit einem solchen Ertrage nicht zufrieden. Ein verkehrter Pfad war es auch, daß man auch für die Brennereibesitzer bei der Steuer einen Gewinn erzielen zu wollen schien. Ich würde es nach allem das für richtiger gehalten haben, wenn die Regierungen sich entschlossen hätten, von Neuem eine Branntweinsteuervorlage dem Reichstage vorzulegen. Zum Schluß möchte ich betreffs der Militärvorlage nur sagen, daß es natürlich unsere Aufgabe sein wird zu prüfen, ob die Motive in Bezug auf die internationalen Verhältnisse begründet sind. Aber die Hoffnung habe ich, daß, wenn die Nothwendigkeit der Vermehrung unseres Heeres anerkannt wird, unser deutsches Volk in der Opferfreudigkeit und Opferbereitschaft zur Sicherheit und zur Ehre unseres Vaterlandes hinter keinem anderen Volke zurückbleiben wird. (Beifall.)

Die Debatte wird vertagt.
Persönlich bemerkt Abg. Ricker: Der Finanzminister habe ihn in einer Reihe von Punkten vollständig mißverstanden, obwohl er ihm so nahe gewesen. Es sei unrichtig, daß er (Redner) über die Schweinburg'schen Bemerkungen über den Reichstag verstimmt und gekränkt sei. Was Herr Schweinburg darüber schreibe, sei ihm und dem Reichstage hoffentlich auch vollständig gleichgültig. Er habe das nur zur Charakteristik der inspirirten Presse angeführt. In Bezug auf das Fiasco stelle er folgendes richtig: Er (Redner) habe gesagt, die Regierungen hätten 1879 versprochen, die neuen Steuern zunächst zu Steuererleichterungen zu verwenden. So sehe es ausdrücklich in der Thronrede von 1879. Diese Versprechung habe die Regierung nicht erfüllt, die Steuerlasten seien vermehrt. Das seien Thatsachen. Im Uebrigen danke er dem Finanzminister aufrichtig für seine letzten offenen Mittheilungen. Dieselben seien von unschätzbarem Werth. (Glocke des Präsidenten.) Leider könne er darüber heute im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht reden. (Heiterkeit.)

Um 4 Uhr wird die weitere Berathung bis Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

Die Münchener „Allg. Ztg.“ enthält folgende Zuschrift: Münchener Wälder haben sich mißbilligend darüber ausgesprochen, daß seitens der Staatsanwaltschaft zu Chemnitz dem Ansuchen Herrn Biered's, die ihm von Landgerichte Freiberg auferlegte neunmonatliche Gefängnisstrafe in München verbüßen zu dürfen, ohne Rücksicht auf dessen von Geheimrath v. Aufbaum und anderen ärztlichen Autoritäten bescheinigten Krankheitszustand nicht stattgegeben, vielmehr auf Bestellung des Verurtheilten in Chemnitz zum Zwecke des Straftretts bestanden worden sei. Diese obhässigen Urtheile beruhen auf falschen Voraussetzungen. Ein Gesuch der vorbezeichneten Art hat zur fraglichen Zeit der Staatsanwaltschaft gar nicht vorgelegen. Dagegen hatte Herr Biered um Strafschub auf unbestimmte Zeit gebeten. Zur Begründung dieses Gesuchs hatte er auf verschiedene Umstände, zuletzt auch auf körperliches Leiden Bezug genommen. Ein ärztliches Zeugniß von dem Gesuche nicht beigelegt. Deshalb und weil der Staatsanwaltschaft bekannt war, daß Herr Biered häufige Agitationsreisen unternahme, derselbe auch in seinem Gesuche an erster Stelle sich darauf berufen hatte, daß er zum Reichstage nach Berlin einberufen sei und an den Arbeiten desselben sich zu betheiligen beabsichtige, hieraus aber gefolgert werden durfte, daß es mit dem Gesundheitszustand Herrn Biered's doch nicht so schlimm stehen könne, erachtete die Staatsanwaltschaft einen Strafschub wegen Krankheit zur Zeit nicht für ausreichend begründet. Das Gericht, auf dessen Entscheidung Herr Biered eventuell angetragen hatte, trat der Staatsanwaltschaft bei. Nach seinem Eintreffen in Chemnitz ist Herr Biered gerichtsärztlich untersucht und die Vollstreckung der Strafe als unbedenklich bezeichnet worden. Die Zeugnisse der Herren Geheimrath von Aufbaum und Professor Dr. Martin in München, sowie des Dr. Epenstein in Würzburg hat Herr Biered erst in Chemnitz der Staatsanwaltschaft überreicht. Das von ihm unter Bezugnahme auf diese Zeugnisse nachträglich gestellte Gesuch um Gestattung der Strafverbüßung in München, dessen Genehmigung überhaupt nur eintreten konnte, wenn die Staatsanwaltschaft zu München sich zur Uebernahme der Strafvollstreckung bereit erklärt, ist dem lgl. sächsischen Justizministerium zur Entschliebung angezeigt worden. Chemnitz, den 27. November 1886. Der Erste Staatsanwalt: Schwabe.

Lokales.

Neue Reichsbauten in Berlin nach Maßgabe des Reichshaushaltsetats pro 1887/88. Nachstehend geben wir ein Verzeichniß derjenigen Positionen, welche im neuen Reichshaushaltsetat pro 1887/88 für neue Bauten in Berlin neu aufgeworfen sind. Unser Verzeichniß enthält also nur die ersten Raten bzw. Baukosten, nicht aber diejenigen Positionen, für welche in früheren Etats schon eine Bewilligung stattgefunden hat. Erstens: Neubauten von Magazinengebäuden, in Berlin,

Grundstückserwerbs- und Enthebungskosten für die im Nordwesten und Südosten der Stadt geplanten zwei Fouragemagazine 1 600 000 M. (im vorigen Jahre sind zur Projektbearbeitung 35 000 M. bewilligt worden). Der Plan umfaßt die Aufgabel der militärisch-fiskalischen Broviantamtsmagazine, Königsgraben Nr. 16, Neue Friedrichstraße 2, sowie der Garnisonbäckerei in der Alexanderstraße 11a; der Verkaufserlös hierfür ist auf 4 745 244 M. geschätzt und Ertragabgaben hierfür sind geplant auf dem fiskalischen Grundstück Rönigerstraße 16—17, sowie sowie durch Anlegung zweier Fourage-Etablissements im Nordwesten der Stadt und im südöstlichen Theile in möglichster Nähe des Spreesklofes. Zur Erweiterung der Diensträume für das Kriegsministerium in Berlin, erste Rate zum Grundstückserwerb und zur Entwurfsbearbeitung 1 262 250 M. Es liegt im Plan, die Grundstücke Wilhelmstraße 82, 83, 84 für 1 225 000 M. anzukaufen und an deren Stelle ein Dienstgebäude zu errichten. Nach Vollendung des Erweiterungsbaues würden die Grundstücke Wilhelmstraße Nr. 101 und Leipzigerstraße Nr. 19 und außerdem die für Zwecke des Kriegsministeriums bisher reservirten Grundstücke Belle-Allianceplatz Nr. 13 und Neue Grünstraße Nr. 19 für zusammen 1 692 800 M. zum Verkauf gelangen. Neubau eines Kasernements für ein Regiment Gardefeldartillerie, erste Rate zum Grundstückserwerb und Entwurfsbearbeitung 700 000 M. Dafür soll die Kaserne am Oranienburger Thor für 2 056 000 Mark verkauft werden. Die Kupfergrabenkaserne dagegen soll nach einem Umbau mit Instandsetzung belegt werden. — Zur Errichtung eines Dienstgebäudes für das Patentamt, erste Baucate, 200 000 M. Das Grundstück ist bereits erworben. — Zur Ausführung außerordentlicher Bauarbeiten auf dem Eigengrundstück des Reichsamts des Innern 12 000 M. — Zur Errichtung der physikalisch-technischen Naturforschungs- und der Präzisionsstechnik ist ein Extraordinarium des Innern im Reichshaushaltsetat vorgesehen. Die Gesamtbausumme dafür ist auf 868 254 M. berechnet, während sich die Ausrüstung mit Instrumenten zc. auf 296 000 M. belaufen wird. Davon sind als erste Raten 480 000 resp. 120 000 M. in den Etat gestellt worden.

Ueber das Schnüren plaudert Balduin Grosser im „Neuen Pester Journal“: Ich habe keineswegs vor, dem Nieder etwas am Leuge zu fügen und eine scharfe Philippika gegen das Schnüren loszulassen. Ich beuge nämlich die wohl kaum anfechtbare Meinung, daß es nicht angehe, Wasser zu predigen und Chamvagner zu trinken, gegen das Schnüren zu wettern und sich im Uebrigen an dem Anblick einer feinen Taille zu erfreuen. Das wäre eine unehrliche Geschichte. Auch ein wißbegieriger Forscher kann viel fragen. Sie müssen Nachsicht mit mir haben, ich verstehe von der Sache gar nichts. Wie läme ich auch dazu, woher und wieso? Sie glauben, daß, wenn man über eine Sache schreibt — aber, ich sage ja nichts gegen das Schnüren, und ich bitte, daß mir das entsprechend hoch angerechnet werde. Seit Jahrhunderten wird dagegen gepredigt vom sittlichen, vom familiären, vom ästhetischen Standpunkt, ich brauchte nur hineinzugreifen in das reiche Arsenal der Waffen, mit welchen es bereits bekämpft worden ist, aber ich wünsche gar nicht zu den Gegnern gezählt zu werden. Also zu den Anhängern? Ich weiß es nicht, dazu habe ich zu wenig Sachkenntniß! Alles, was ich von mir sagen kann, ist, daß ich entmenscht genug bin, an einer zierlichen Taille Gefallen zu finden, und ein solch sträflicher Wüstling, das auch ungeachtet am helllichten Tage auszusprechen. Den sittlichen Standpunkt in dieser Frage können wir beruhigt den Fastenpredigern überlassen. Wir wissen, daß auch die vollendetste Unschuld ein Nieder tragen kann, ja tragen muß. Ich gehe noch weiter und sage, daß auch die vollendetste Unschuld ohne Nieder wenn auch nicht gerade unfittlich, so doch zum mindesten einigermaßen unanständig erscheinen würde, das heißt, wenn — Herr Gott; hat das manchmal seine Schwierigkeit, über die allernatürlichsten Dinge zu reden! — also, wenn es nicht sowieso Alles eins wäre oder, um uns juristisch-kriminalistisch auszudrücken, wenn nicht der Abgang jeglichen Thatbestandes, jede weitere Prozedur ohnedies unnöthig machen würde. Normale Verhältnisse erfordern den Schnürleib, daran können auch die Sittenprediger nichts ändern. Oder sollten Moralisten sich darum kümmern, daß man sich nicht zu eng schnüre? Ich glaube nicht, daß man Glück haben würde mit dieser Berechnung der Tugend nach der Anzahl Zentimeter einer Taillenweite. Zudem ist dieser Gesichtspunkt ein medizinischer, und darum bitte ich, ihn außer Acht lassen zu dürfen. Mit den Medicis, seien sie nun gefürstet oder nicht, möchte ich nichts zu thun haben. Eines darf ich übrigens auch hier erwähnen: die Medici verwerfen den Schnürleib nicht im Lauf und Bogen, sie verwerfen ihn überhaupt nicht und in besonderen Fällen verschreiben sie bekanntlich besondere Nieder. So kommen wir nun zum ästhetischen Standpunkt. Da wird immer der alte Trumpf ausgespielt, daß die Venus von Milo bekanntermachen auch ohne Nieder eine ganz gute Figur mache. Vor diesem Gemeinplatz hat man einen ungeheuren Respekt; er scheidet gewöhnlich jede weitere Diskussion ab. Wir wollen uns aber das Reden nicht verbieten lassen und rund heraus sagen, daß dieser Einwand ein sophistischer und unsinniger ist. Das Kostüm der hochwohl- und schaumgeborenen Göttin verträgt eben keinen Schnürleib. Wenn sie aber, wie sie geht und steht, ohne Nieder in eine moderne Toilette gesteckt wird — dabei fasse ich den Begriff „modern“ sehr weit und gebe gleich ein paar Jahrhunderte, wenn man will ein halbes Jahrtausend und mehr Spielraum — wenn man ihr nur einen ganz gewöhnlichen Regenmantel anthut, so wird sie, ich bitte tausendmal um Entschuldigung, aussehen, wie eine moderne Hiezwuppe. Ich verehere die Tugend, aber ich halte auch etwas von der Grazie und leider haben sich nun die Dinge im Laufe der Jahrhunderte so entwickelt, daß wir uns eine ungeführte Grazie nicht mehr recht denken können. Die Ungebundenheit des Wesens mag ja recht schön und gut sein, aber doch nicht immer. Dabei möchte ich aber doch nicht den Uebertreibungen und den gewaltigen Anstrengungen und Strapazen das Wort reden. Das Schnüren hat einen vernünftigen Zweck und dieser kann nicht durch unvernünftige Mittel gefordert werden. Schließlich muß doch Alles Sinn und Verstand haben. Sich die Seele herauszudrücken für nichts und wieder nichts hat keinen Sinn. Vergessen wir nicht, daß es in der Architektur keine absolute Größe giebt. Ein ungeführter Baumeister wird auch einen gewaltigen Bau nicht dazu verhelfen können, daß er einen gewaltigen und großen Eindruck macht, während ein geschickter Architekt durch kluge Benützung der Terrainverhältnisse, sowie durch glückliche Kontrastirungen oder Zusammenfassung der einzelnen Bauglieder auch durch einen kleineren Bau die Wirkung der Größe erzielen können und so kann es wohl geschehen, daß der in Wirklichkeit kleinere Bau einen imposanteren Effect macht als der absolut größere. Aber die absolute Größe entscheidet nicht, die relative Größe macht es. Wenn das Größenverhältniß der einzelnen Bauglieder unter einander kein harmonisches, ist dann nügen alle aufgebotenen Massen nichts, die Wirkung bleibt aus. Das Verhältniß zwischen Last und Stütze muß vor allen Dingen stimmen, sonst klappt die ganze Geschichte nicht. Auf eine zarte, schlanke Säulenarchitektur darf ich nicht kolossal ausladende Massen setzen und auf einen Unterbau von mächtigen Bossagen nicht eine zierliche Gartenhaus-Architektur. Die Anwendung der architektonischen Grundgesetze ergibt sich von selbst. Man kann sich fürchterlich zusammenschürren und doch mit der dünnen Taille absolut keinen Effect machen, wenn man nicht in der Lage ist, auch das Gesetz der Kontraste für sich sprechen zu lassen. Mit der absoluten Dünnheit ist auch da absolut nichts erreicht. Der Säulenschaft für sich allein sagt nichts, das Auge wird erst befriedigt, wenn zu dem gewollten Oberbau das rechte Verhältniß hergestellt ist. Ist die Architektur nur sonst entsprechend, dann giebt ein Zentimeter mehr oder weniger nicht den Ausschlag. Eines ist unzweifelhaft: Schnüren muß man sich, aber mit Maß und

Bernunft. Denn allzu viel nützt niemals. Sind die architektonischen Verhältnisse nicht danach, so wird auch durch das stärkste Schnüren der gewünschte Effekt nicht erreicht, und sind sie danach, so findet man auch mit weniger Fein Auslangen. Was gewaltsam erzwingen ist, kann niemals schön sein, weder in der Kunst noch in der Natur, lassen wir also das Nieder gelten und respektieren wir die guten Werke. Es ist löblich, die Hungerigen zu speisen, die Nackten zu bekleiden, die Fremden zu beherbergen, die Betrübten aufzurichten, aber es steht nirgend geschrieben, daß man die Gefangenen befreien soll. Etwas muß an dem Schürmen und dem Schürleib doch sein, sonst hätten sie der jahrhundertelangen Bekämpfung wohl nicht Stand halten können, nur müßte sich einmal eine Nachfrau finden, die uns da ganz reinen Wein einschenkt. Woher einen Nachmann nehmen? Unser Wissen ist Stückwerk. Unferne bleibt doch trotz alledem und alledem immer nur ein Dilettant, aber man vergesse nicht, daß zu den Hauptmerkmalen des Dilettanten die Liebe zur Sache gehört. Vom Dilettanten zum Liebhaber ist nur ein Schritt, und mich dünkt, daß diesen Schritt so Mancher schon gemacht hat.

Insam! Wenn ein armer Mensch in der äußersten Verzweiflung fremdes Eigentum antastet, so verfällt er zwar der Strafe des Gesetzes, allein selbst der Richter wird in solchen Fällen dem Verbrecher sein Mitgefühl nicht versagen können. Ganz anders liegt die Sache bei jenen sogenannten Lebemännern der „besseren Gesellschaft“, welche mit voller Ueberlegung in raffinirtester Weise armen Arbeitern und Handwerkern die Sparsparnisse rauben, um ihren „noblen“ Passiven weiter nachgehen zu können. Daß solche Menschen nicht einmal davor zurückschrecken, die in ihren eigenen Geschäften angestellten Arbeiter auszulündern, beweist der Fall Salo Vincus. Dieser Herr gründete bekanntlich in den lebendigen Jahren hieselbst ein Bankgeschäft, wirthschaftete aber derartig, daß bereits 1882 die erste Pleite kam. Guter Rath fand sich jedoch bald; Herr Vincus blieb im Geschäft und dieses wurde von seinem bisherigen Kassirer, einem Herrn Strog, weiter geführt. Im Juni 1885 nahte die zweite Pleite. Herr Vincus hatte jedenfalls aus der ersten gelernt, wie's gemacht werden muß, denn er schwindelte und raffte zusammen, was er irgendwie erlangen konnte und verduftete mit seinem Raub nach Amerika, wo er sich den Namen Palm beigelegt haben soll. Der Herr Strog entwickelte ebenfalls eine recht merkwürdige Thätigkeit vor dem Raub. Es war ihm bekannt, daß der Kassenbote des Geschäftes, ein schon beherrschter Mann Namens Carl Wegel, welcher der Firma bereits 9 Jahre treu und ehrlich diente, im Besitz von 2000 M. 5 pCt. rumänischer Staatsanleihe war, deshalb ließ er ihn einige Tage vor dem öffentlichen Zusammenbruch zu sich rufen und ersuchte ihn, die Papiere dem Geschäft auf einige Tage zur Verfügung zu stellen. Seinem Chef konnte der alte Mann das Gesuch natürlich nicht abschlagen und so wanderten die Rumänen in die sauberen Hände des Herrn Strog, um für immer ihrem rechtmäßigen Besitzer zu verschwinden. Klüger als der Vater, war die Tochter des Kassenboten. Kaum hatte Herr Strog erfahren, daß sich Fräulein Wegel 200 M. erspart und in Stadtobligationen angelegt habe, so versuchte er, auch diese Papiere an sich zu bringen. Dies gelang ihm glücklicherweise nicht; das Mädchen lehnte den Antrag rundweg ab und rettete dadurch ihre Spargroschen. Wegel ist Briefträger bei der Paketfabrikgesellschaft geworden, der erlittene Verlust hat ihn aber fast tiefsinnig gemacht. 34 Jahre hatte er geparrt, um für's Alter einen Nothgroschen zu erlangen und nun ist Alles auf einmal dahin. Der Mann wandte sich brieflich an den Herrn Kommerzienrath Vincus, einen Bruder des verschwundenen Bankiers, mit der Bitte, ihm die verlorene Summe aus seiner Kasse zu ersetzen, leider ohne Erfolg. Wie viel arme Leute durch die genannten Herren geschädigt wurden, dürfte sich erst bei der folgenden Gerichtsverhandlung herausstellen, vorausgesetzt, daß dem von der hiesigen Staatsanwaltschaft gestellten Auslieferungsantrag bezüglich des Herrn Vincus in Amerika stattgegeben wird. Bis jetzt ist die Auslieferung durch pfiffige amerikanische Advokaten verzögert worden. Herr Strog weilt ungestört in Berlin. Allem Anschein nach hat er das Strafgesetzbuch in einiger Entfernung vor sich aufgeschützt. Es giebt aber noch eine öffentliche Meinung, welche oft da verurtheilt, wo der Strafrichter freisprechen muß, und diese wird ihr Urtheil über die Handlungen der Herren Vincus und Strog sicher fällen.

Pfefferkuchenlyrik. Zum bevorstehenden Weihnachtsmarkt sind auch die Pfefferkuchenhändler bereits auf den Plan getreten. Ihre Erzeugnisse sind, wie immer, auch diesmal mit viel „schönen“ Versen versehen, aus denen das eine hervorzugehen scheint, daß die Pfefferkuchengrüßer wie ihre anderen Brüder in Apoll dem Juge nach Modernem, nach Aktuellem folgen. So giebt ein Poet, der für das „Politisch-Aktuelle“ ein ganz besonderes Feingefühl zu haben scheint, den Besitzern eines Pfefferkuchen-Bezirks den folgenden wohlgemeinten Rath — allerdings nicht in gleich wohlgeklungenen Reimen:

Wie der Jar mit Alexander
Kommet ja nicht aneinander,
Denn sonst geht's Euch wie den Bulgaren,
Deren Staatslöcher nun verfahren."

Ganz praktisch denkt ein Pfefferkuchler in der Schönhäuser Allee, der seinen Leibpoeten das Dichterverbotten variiren läßt — natürlich in Zuckerzerg auf einem großen Lebkuchen-Mann:

Wißt' wissen, Mäcken, wie der schmeckt,
So frage schnell nur hier im Laden an!"
In Berlin N., in der Nähe des Oranienburger Thores, hat ein neuer Mirza Schaffy folgenden allerdings schwer verständlichen Weisheitspruch in weißem Zuckerzerg auf einen mächtigen Quadrat-Lebkuchen gespritzt:

Es wird wohl niemals ganz
Ein Pfefferkuchen geliebten sein!
Selbst Fischkuchen will mang
Die Karpentiauce gerieben sein.
Und findest Du sonst was mang,
Muß hundert Mark drauf geschriebe sein!"

Für die chemische Fabrik vor dem Schlessischen Busch wurde vor einiger Zeit vom Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung die Genehmigung dafür nachgesucht, daß die Entwässerung dieser Fabrikanlage durch Anschluß derselben an das städtische Kanalisationsystem und unter der Bedingung erfolge, daß die Besitzer der Fabrik, eine Aktiengesellschaft, die Kosten des Anschlusses selbst tragen. Das Bekanntwerden dieser Nachricht hat die Bewohner der Gegend am Görtiger Bahnhof, die nächsten Nachbarn jener Fabrik, in einige Aufregung versetzt. Bereits seit Jahren erwartete man die Verlegung der Fabrik und damit den Moment, wo man an schönen erquickenden Abenden auch in dieser Gegend frei werde aufatmen können, was bisher die betäubenden Dünste, welche den dortigen Fabrikationsräumen entströmen, stets unmöglich machten. Dieses lang ersehnte Ziel scheint nun wieder in die weiteste Ferne gerückt, oder richtiger gesagt, ganz entschunden, denn durch ihren Anschluß an die Berliner Kanalisation ist der Bestand der Fabrik für lange Zeit gesichert. Auffälliger Weise motivirte der Magistrat seinen Genehmigungsantrag mit dem Hinweis darauf, daß etwa 150 Berliner Arbeiter in der Fabrik thätig seien, die durch deren Eingehen drohten werden würden. Jedemfalls hätte aber die Verweigerung des Anschlusses nur die Verlegung der Fabrik in die entferntere Umgegend nöthig gemacht und dort würden auch die Arbeiter in einer freieren Gegend gesünder Wohnungen gefunden haben. Die abschließlichen Ausdünstungen der Fabrik schädigen heute und in Zukunft einen ganzen Stadttheil und tausende von Familien, und die Arbeiterfreundlichkeit ist eine verdächtige und wenig zutreffende

Motivirung für den Magistratsantrag. Eine Petition, welche gegenwärtig unter den Adjazenten zirkulirt, die Genehmigung für den Kanalisationsanschluß der Fabrik von weiteren und ausreichenden Vorkehrungen gegen die Luftverschlechterung in der dortigen Gegend abhängig zu machen, ist gewiß sehr berechtigt und begründet, dürfte aber post festum kommen.

Anscheinend betrunken fand sich vor einigen Tagen der Chemiker einer auf dem Oranienplatz-Wochenmarkt ausstehenden Händlerin bei seiner Frau ein, wenigstens glaubte die Frau aus der schlottenden Körperhaltung und der lallenden Sprache ihres Mannes, der sich nicht verständlich machen konnte, auf einen zu reichlichen Genuß von Getränken schließen zu dürfen; sie hielt daher den unvermeidlichen ehelichen Sermon und brachte nach Beendigung der Marktgeschäfte ihren Mann nach Hause und zu Bett, wenig darauf achtend, daß dieser fortwährend den Mund bewegte aber kein verständliches Wort hervorbrachte. Als aber am nächsten Tage der Mann noch immer in seinem verdächtigen Zustande sich befand und namentlich der Ausdruck der Augen der Frau verdächtig schien, schickte sie zum Arzt, der denn auch sofort erschien und einen Schlaganfall konstatarirte und eine energische Blutentziehung am Kopfe des Erkrankten, der auch der Sprache beraubt ist, vornahm. Der Zustand des Kranken ist sehr besorgnißregend.

Schwindler. Seit dem 16. d. M. logirte in Reinhardt's Hotel hieselbst ein junger Mann, welcher sich Slop von Cadenberg nannte, und dem Ortelpersonal erzählte, daß er von seinem Vater zum Zwecke der Belehrung und des Vergnügens nach Berlin geschickt worden sei. Auch sprach er von einem in Offen als Oberpostsekretär angestellten Onkel. Nach Tage lang bezahlte der Gast regelmäßig seine Rechnung, dann blieb er im Rückstande mit den Zahlungen, und erweckte, als seine Schuld auf 70 Mark angelaufen war, den Verdacht der Diebstahl, welche sich an die Polizei wandte. Der angebliche Slop von Cadenberg entpuppte sich als der Handlungslehrling Carl Hausmann, welcher nach seiner eigenen Angabe aus Steele bei Offen geflüchtet ist, nachdem er seiner dort wohnenden Mutter 800 Mark entwendet hatte. In dem Besitze des Hausmann wurden außer einem Revolver und einer großen Anzahl von Visitenkarten auf den Namen Slop von Cadenberg mehrere gefälschte, über hohe Beträge lautende Wechselformulare vorgefunden. Ob die letzteren zum Zwecke der Schwindlerien angefertigt und benutzt worden sind, oder ob die Angabe des Hausmann richtig ist, daß er durch Vorzeigung dieser Wechsel sich nur das Ansehen eines wohlhabenden Mannes, namentlich den Kellnerinnen der von ihm besuchten Restaurants gegenüber, hat geben wollen, hat noch nicht festgestellt werden können.

Gemäß den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts sind in der Zeit vom 14. November bis 20. November c. von je 1000 Einwohnern, auf den Jahresdurchschnitt berechnet, als gestorben gemeldet: in Berlin 20,2, in Breslau 30,0, in Königsberg 26,5, in Köln 20,1, in Frankfurt a. M. 18,1, in Wiesbaden 15,0, in Hannover 26,3, in Kassel 16,2, in Magdeburg 23,6, in Stettin 27,7, in Altona 26,3, in Straßburg 23,7, in Reg. 18,3, in München 23,2, in Nürnberg 24,9, in Augsburg 22,9, in Dresden 21,3, in Leipzig 16,5, in Stuttgart 18,7, in Karlsruhe 19,6, in Braunschweig 17,1, in Hamburg 36,5, in Wien 19,5, in Pest 37,4, in Prag 26,2, in Triest 27,7, in Krakau 23,2, in Basel 16,9, in Amsterdam 21,5, in Brüssel 23,5, in Paris 22,2, in London 17,4, in Glasgow 23,8, in Liverpool 20,5, in Dublin 24,5, in Edinburgh 19,4, in Kopenhagen 20,2, in Stockholm 18,0, in Christiania 20,2, in St. Petersburg 22,7, in Warschau 25,7, in Odessa 32,8, in Rom 18,9, in Turin —, in Venedig 19,0, in Alexandria 41,5. Ferner in der Zeit vom 25. Oktober bis 30. Oktober c.: in New-York 24,3, in Philadelphia 20,8, in Baltimore 18,5, in Calcutta 27,5, in Bombay 24,2, in Madras 38,5.

In der Berichtswache waren die Sterblichkeitsverhältnisse in den meisten europäischen Großstädten günstige, wenn auch theilweise etwas höhere Sterblichkeitsziffern als in der Vorwoche gemeldet wurden. Nur in wenigen deutschen Städten (Hamburg, Barmen, Stettin) war die Sterblichkeit eine nennenswerth gesteigerte; dagegen werden aus einer sehr großen Zahl, besonders deutscher Städte, keine Sterblichkeitsziffern mitgetheilt. Auch in Pest und Triest hat die Sterblichkeit abgenommen. Einen weiteren ziemlich allgemeinen Rückgang der Sterblichkeit erfahren Darmtharache und Brechdurchfälle der Kinder, die nur in Hamburg in anscheinlich vermehrter Zahl zum Tode führten. Die Theilnahme des Säuglingsalters war daher im Allgemeinen eine kleine; von 10 000 Lebenden starben (auf's Jahr berechnet) in Berlin 56, in München 68 Säuglinge. Dagegen kamen akute Entzündungen der Athmungsorgane in vielen Städten in größerer Zahl zum Vorschein und führten auch eine größere Zahl von Sterbefällen herbei. — Von den Infektionskrankheiten haben Mägen, Keuchhusten, Scharlach und Diphtherie vielfach größere Ausdehnung gefunden, während typhöse Fieber und Baden nichtsch eine Abnahme der durch sie hervorgerufenen Sterbefälle und Erkrankungen aufwies. — Todesfälle an Mägen waren in Berlin, Barmen, Dresden, Hamburg, Magdeburg, Nürnberg, Lübeck, Plauen, Prag, Paris, London, St. Petersburg häufig, auch in Breslau und in den Regierungsbezirken Aurich, Schleswig, Düsseldorf, Marienwerden, Stettin herrschen Mägen. — Das Scharlachfieber forderte in Hamburg, Chemnitz, Pest, Odessa viel Opfer; in Berlin, Hannover, London, Dublin, Liverpool, Kopenhagen, Christiania, St. Petersburg, Warschau nahm die Zahl der Sterbefälle und der gemeldeten Erkrankungen ab. — Die Sterblichkeit an Diphtherie und Krupen war in Berlin, Dresden, Danzig, Kassel, Magdeburg, Barmen, London, Paris, Kopenhagen, Christiania, St. Petersburg, Warschau eine größere, während sie in Breslau, München, Leipzig, Altona, Stettin, Wien, Prag, Pest, ein wenig kleiner wurde. Die Zahl der gemeldeten Keuchhusten-Erkrankungen war jedoch in den meisten der genannten Städte eine geringere, als in der Vorwoche. — Todesfälle an Unterleibstypus waren in Berlin, London, St. Petersburg vermindert, in Hamburg, Paris, Lyon gesteigert. Erkrankungen haben aber auch in Hamburg etwas abgenommen. An Flecktyphus wurden aus den Regierungsbezirken Marienwerder und Münster 4 bezw. 1, ferner aus Wien 1, aus St. Petersburg 2 Erkrankungen, an Rückfallfieber aus St. Petersburg 3 Todesfälle mitgetheilt. An epidemischer Genickstarre kam nur 1 Todesfall (aus Berlin), an Kindbettfieber 5 Sterbefälle aus Berlin, 7 aus London zur Verichterstattung. Erkrankungen an totenartigen Entzündungen des Zellgewebes der Haut waren in Berlin, Wien, Kopenhagen nicht selten, in London führten sie auch häufiger zum Tode. Der Keuchhusten rief in Berlin weniger, in Paris und London mehr Todesfälle hervor; Erkrankungen waren in Berlin, Hamburg, Nürnberg, Kopenhagen gesteigert. — Todesfälle an Boden kamen aus Berlin, Wien, Prag, Venedig je 1, aus Hamburg, Paris, Rom je 2, aus St. Petersburg und Warschau je 4, aus Pest 57 zur Mittheilung. Erkrankungen zeigten sich in Breslau, im Regierungsbezirk Marienwerder nur in einzelnen Fällen, in Berlin und im Regierungsbezirk Schleswig in je 2, in Wien in 3, in Hamburg in 6, in St. Petersburg in 15, in Pest in 207 Fällen. — In Breslau ist ein aus Ungarn auf der Durchreise begriffener Auswanderer an akatischer Cholera erkrankt angekommen und gestorben. Ein weiterer verdächtiger Erkrankungsfall ist seitdem nicht zur Kenntniz gelangt. Von den Behörden sind Maßregeln zur möglichen Verhütung einer erneuten Einschleppung getroffen worden. — Aus Oesterreich-Ungarn lauten die Nachrichten über die Cholera im Ganzen günstig. In Siegedin und Triest ist die Seuche erloschen, in Pest kommen nur noch vereinzelte Erkrankungen vor. Auch aus einigen Orten Kroatiens und Krains werden noch neue Erkrankungen gemeldet. In Italien tritt die Cholera

neuerdings in Genua, sowohl in er Stadt wie in der Provinz stärker auf.

Polizei-Bericht. Am 28. v. Mts. fiel eine Frau im Hause Strelitzerstraße 13 von der Treppe und brach das Schlüsselbein. Ungenügende Beleuchtung scheint die Veranlassung zu dem Unfall gegeben zu haben. — Am 29. v. Mts., Nachmittags, gerieth in der Frenzlauer Allee eine Frau in Folge eigener Unvorsichtigkeit unter die Räder eines Arbeitswagens und erlitt durch Ueberfahren einen Bruch des linken Unterschenkels. Sie wurde nach der Universitäts-Klinik gebracht. — Gegen Abend fiel der Fuhrmann Jancer, während er mit Aufladen von Müll beschäftigt war, rücklings vom Wagen herab und erlitt außer mehrfachen Verletzungen am Kopf anscheinend auch eine Gehirnerschütterung. Er wurde mittelst Droschke nach seiner Wohnung gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Sittlichkeitsvergehens angeklagt, erschien gestern, Dienstag, der 65jährige Rentier und frühere Glasmeister Jean Heinrich Taumeyer vor der Strafkammer des Landgerichts II. Ueberaus traurige Familienverhältnisse offenbarte die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgehabte Verhandlung der Sache. Vor einer Reihe von Jahren betrieb der Angeklagte, als ein wohlhabender und im Bekanntenkreise allgemein geachteter Mann hieselbst, in der Friedrichstadt ein umfangreiches Geschäft; das letztere ging jedoch immer mehr und mehr zurück, nachdem Taumeyer seine erste Frau durch den Tod verlor und in Folge eines Schlaganfalls geisteschwach geworden war. Unter diesen Umständen erlitt die zweite Frau — eine Dame in den zwanziger Jahren, welche L. kurz zuvor geheiratet —, daß sie mit L. keinen gemeinschaftlichen Haushalt mehr führen könne; angeblich auf ärztliche Anordnung brachte die Frau deshalb ihren Mann zur besseren Pflege „auf's Land“ d. h. nach Rixdorf. Bei einer daselbst in der Juliusstraße wohnhaften Familie wurde der unglückliche Mann untergebracht; es fehlte jedoch an genügender Aufsicht und daher konnte es sich, wie geschehen, ereignen, daß in einem unbewachten Moment Taumeyer mehrere auf dem Hof spielende Mädchen im Alter von noch nicht ganz 10 Jahren verlockte. — Das Bewußtsein der Strafbarkeit seiner Handlungen ist dem Angeklagten, wie sein Benehmen vor Gericht bewies, vollständig abhanden gekommen; drei zum Audienztermin geladene Sachverständige, Kreisphysikus Dr. Fall, Professor Dr. Mendel und der Bezirksphysikus Dr. Garnier, gaben fast übereinstimmend ihr Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte, welcher zur Zeit im Lazareth des Noabiter Untersuchungs-Gefängnisses verweilt, geisteschwach sei. Der Gerichtshof erachtete demgemäß den Angeklagten für nicht verhandlungsfähig und beschloß die vorläufige Einstellung des Verfahrens.

Vermischtes.

Erdbeben auf hoher See. Wie es auf hoher See zugeht, wenn ein starkes Erdbeben stattfindet, darüber giebt Kapitän Leo Vogel, der sich nicht fern von den Küsten Süd Carolina's befand, als das Erdbeben Charleston zerstörte, folgenden Bericht: Am Morgen des Erdbebentages war der Rüste entlang reguläres tropisches Sturmwetter. Der Regen goß in Strömen und die Atmosphäre war drückend. Das Barometer ging herunter bis zu 29,9; — ein für jene Gegend niedriger Barometerstand. Seit vielen Jahren habe ich an der Südküste manche Studien über atmosphärische Erscheinungen gemacht und schreibe somit, daß sich etwas Absonderliches ereignen mußte. Es schien, als ob wir einen scharfen Südwest bekommen sollten. Meine Familie war von den Bergen Nord Carolina's heruntergekommen und wollte mit mir nach Florida reisen. Ich sagte, die Fahrt würde wahrscheinlich stürmisch und unangenehm werden und überredete dieselbe, bis zur nächsten Reise in Charleston zu bleiben. Am Abend stachen wir in See und mochten ungefähr 50 Meilen von Charleston und acht Meilen vom Ufer entfernt sein, als wir das Erdbeben verspürten. Der Wind kam aus Süden und die See war merklich unruhig. Möglicherweise ich ein Gefühl, als wäre das Schiff auf den Grund gestoßen. Doch das konnte nicht sein, wie ich wußte. Das war nicht meine erste Erfahrung mit einem Erdbeben auf hoher See und so erkannte ich, daß es ein Erdbeben war. Mein erster Gedanke war an meine Familie in Charleston. In Folge früherer Erfahrungen mußte ich, daß, wenn der Erdstoß in Charleston ebenso heftig gewesen, als auf meinem Schiffe, daß dann schwerlich in jener Stadt ein Stein auf dem andern geblieben würde. Und ich war auf die Kunde gefaßt, daß Charleston vollständig zerstört worden sei. Die Erschütterung mochte ungefähr eine halbe Minute andauern und war von einem dumpfen donnerähnlichen Ton begleitet. Nachdem es vorüber war, hob sich die See wieder allmählich und kam von Südost, wie zuvor. Meiner Ansicht nach wurde Charleston vor gänzlicher Zerstörung gerettet durch den Umstand, daß die See wie ein Polster wirkte und so die Festigkeit des Stoßes mäßigte. Denn wir verspürten den Stoß 5 Minuten früher als die in Charleston. Und da wir 50 Meilen von dort entfernt waren, so ergiebt sich, daß die Erschütterung sich mit einer Geschwindigkeit von ungefähr 600 Meilen die Stunde fortplante. Wir mußten in St. Johns anlegen und dort geraume Zeit verweilen. Jedermann an Bord, der in Charleston Verwandte oder Freunde hatte, war erklärlicher Weise in großer Angst. Erst in Jacksonville erhielten wir dürftige Nachricht über das Unglück. Meine ersten Telegramme nach Charleston blieben ohne jegliche Antwort. Endlich kam die erfreuliche Antwort: „Wir sind alle wohl und befinden uns an Bord des „Delaware“. Meine Familie wohnte nämlich in einem der Gebäude, die durch das Erdbeben nur theilweise zerstört wurden. Sie hatten, wie dort fast Jedermann, nicht anders geglaubt, als daß ihr letztes Stündlein gekommen sei.“

Der Eisenwurm. Damit es auch am Humor in der Witterung „Ausstellung für Orts- und Heimaths-Runde“ nicht fehle, ist nach der „Rhein-Beiff. Btg.“ in der Nähe der altdeutschen Weinlese der Witterer Eisenwurm (Vormis ferrivorax periculosus Holz.) ausgefressen. Bekanntlich hatte während der diesjährigen Hundstage ein Witterer Berichterstatter die schaurige Mär mitgetheilt, daß das Eisenbahngelände der Ruhr-Siegbahn von einem Eisenwurm angegriffen werde und daß mehrere Exemplare dieses gefährlichen Thieres der Eisenbahnhauptverhältnisse zur Beobachtung eingesandt seien. Der Wurm, ein echtes Produkt der sauren Gärungszeit, führte sodann in den Spalten nicht allein deutscher, sondern auch ausländischer Blätter eine Zeit lang ein siles Dasein und erregte so große Aufmerksamkeit, daß es undankbar gewesen sein würde, ihn in der Ausstellung einer Stadt, in der er das Licht der Welt erblickt, nicht einem größeren Publikum vorzuführen. Jetzt ist dies denn auch geschehen, und es wird namentlich die Eisenindustriellen interessieren, das merkwürdige Thier in Augen-schein zu nehmen. Ein Stück angegriffener Schiene ist neben dem Wurm ausgefressen.

Wasserstand der Spree in der Woche vom 14. November bis 20. November 1886. (Angabe in Metern.)

Tage	14/11.	15/11.	16/11.	17/11.	18/11.	19/11.	20/11.
Am Oberbaum-Dammühle,	2,35	2,35	2,37	2,35	2,32	2,35	2,36
Obernoster-Dammühle,	2,33	2,42	2,34	2,33	2,30	2,32	2,32
Unterwasser.	0,71	0,71	0,80	0,80	0,79	0,82	0,84